Preis 10 Pfennig. Morgen-Ausgabe

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit" ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifband 4 M.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV, Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Inserate kosten die siebengespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltene Reklamezeile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Mittwoch, den 25. Dezember 1918 — Nummer 74

Beendigung der Straßenkämpfe.

Die Forderungen der Matrosen bewilligt. — Krise im Kabinett.

Friede auf Erden.

Das entsetzliche Morden ist zu Ende. Die Kanonen schweigen. Zum ersten Male seit fünf Jahren wird das Weihnachtsfest nicht unter dem Gebrülle der Schlachten, unter dem Stöhnen der Hingemordeten gefeiert.

Nur wer die endlose Fülle des Menschenleides, all das Unheil und die Barbarei der Kriegsjahre aus der Nähe miterlebt hat, kann das tiefe Glücksgefühl ermessen, das jeden erfüllen muß, der aus dem Trommelfeuer und dem Dreck des Schützengrabens in die Heimat, zur Friedensarbeit zurückkehren konnte. Es ist nicht das kraftstrotzende, frohpulsierende Leben von ehemals. Endlose Werte hat der Krieg zerstört, unzählige Existenzen zugrunde gerichtet, den Volksreichtum in den Händen weniger konzentriert, die Zukunft mit ungeheuren Lasten beschwert. Aber trotzdem strömen die freigewordenen Menschenmassen voll Zuversicht und freudiger Zukunftshoffnung in die Heimat zurück. Das Blut, das sonst unnütz an den Grenzen geopfert worden wäre, fließt in den siech gewordenen Volkskörper zurück und erfüllt ihn mit neuer Jugendkraft, mit neuem Willen zur Tat.

Es besteht ein tiefer innerer Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution. Ob die Menschen wollen oder nicht — sie müssen nach dem alles aufwühlenden und umstürzenden Erleben dieses furchtbarsten aller Kriege ihr Haus neu einrichten, ihre Beziehungen zu einander auf eine andere Grundlage stellen. Ueberall, wo diese Grundlage morsch und angefault war, vollzieht sich dieser Umbau auf dem Wege der Revolution, der gewaltsamen Umgestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen. Der Umsturz kommt aber früher oder später auch dort, wo diese Grundlage scheinbar fest und die Menschen noch nicht vom revolutionären Drang erfüllt sind.

Es ist im Laufe des Krieges zum Gemeinplatz geworden, daß der Krieg eine zwingende Folge des kapitalistischen Systems gewesen ist. Die tiefe Berechtigung dieser Anschauung zeigt sich jetzt mit jedem Tage immer deutlicher. Ueberall, wo der Krieg vom Volke selbst liquidiert wird, hat auch die Todesstunde des Kapitalismus geschlagen. Die arbeitenden Klassen erheben sich gegen ein System, das sie zu willenlosen Anhängseln der Maschine, zu Werkzeugen des Massenmordes und der Ausbeutung degradierte; sie fordern die radikale Beseitigung einer gesellschaftlichen Ordnung, die an ihren eigenen Widersprüchen, an ihrem Unvermögen, an ihrer Unzulänglichkeit und Unfähigkeit zugrunde geht.

Der Ausgang des Krieges hat die arbeitenden Klassen mit einem Schlage zu Schöpfern der neuen Geschichtsepoche gemacht. An ihnen ist es jetzt, das neue Haus der Menschheit zu bauen, gemäß den Plänen, die die Besten von ihnen vor Jahrzehnten entworfen, an denen Generationen von ihnen unermüdlich geschafft haben.

Der Sozialismus, diese seit Jahrzehnten geschmähte, verfolgte Hoffnung der unterdrückten Menschheit, hat jetzt seinen Siegeszug um die Erde angetreten. In konvulsivischen Zuckungen, im Blut und Chaos einer kreißenden Welt tritt die Heilslehre des Proletariats ins Leben, um die Verheißung in die Wirklichkeit umzusetzen.

Nie ist ihr Kommen sehnsüchtiger erwartet, nie ihr Erscheinen notwendiger gewesen als in der Stunde des Zusammenbruches aller Götter der alten Welt. Nie sind aber auch die Schwierigkeiten auf ihrem Wege gewaltiger gewesen als im Chaos, das der kapitalistische Weltkrieg ihr hinterlassen.

Der Sozialismus wird dieses Chaos beseitigen. Er wird es aber nicht sofort und nicht ohne gewaltige Kraftanspannung derjenigen, die seine Träger, seine Vollstrecker sind. Kraftanspannung in zwiefacher Richtung: in der Richtung des schöpferischen Aufbaus, der Zusammenfassung aller eigenen Kräfte, der vernunftgemäßen Anpassung an die bestehenden Verhältnisse und in der Richtung der Ueberwindung aller Widerstände, die die besitzenden Klassen, die entthronten Herrscher der zusammengebrochenen Ordnung, dem siegreichen Proletariat entgegensetzen.

Diese Kraftanspannung wird nicht ohne große Kämpfe vor sich gehen. Ehe sich die dem Proletariat innewohnende Kraft zur schöpferischen Arbeit sammelt, müssen zahlreiche innere Hemmungen überwunden werden, muß eine neue Psychologie entstehen, die der verantwortlichen Machtstellung des heutigen Proletariats entspricht. Und bis es diese Macht restlos durchsetzt, wird es noch manchen Strauß mit den besitzenden Klassen auszufechten haben.

Wir stehen erst am Anfang dieser Kämpfe, doch ist es schon jetzt ersichtlich, daß sie nicht auf friedlichem Wege vor sich gehen werden. Zu stark sind die Widerstände der alten Machthaber, als daß man eine „friedliche" Austragung des großen Endkampfes zwischen Kapital und Arbeit erwarten könnte. Zu tief sind auch die Nachwirkungen des blutigen Krieges in der Psyche des Menschen, zu groß die Erbitterung, die die Sklaverei des Kapitalismus in den gestrigen Sklaven hinterlassen hat, als daß man einer wolkenlosen Zukunft entgegenblicken könnte. Und doch dürfen wir heute das Wort „Friede auf Erden" mit ganz anderem Mute aussprechen als je zuvor. Denn mag auch der vor uns liegende Weg von blutigen Strichen durchkreuzt werden, mag unsere Hoffnung auf ungetrübten Frieden noch recht gewagt erscheinen — unser Weg führt uns aus dem blutigen Elend, aus der Sklaverei des Kapitalismus zu den lichten Höhen des Sozialismus, der der Menschheit die langersehnte Erlösung bringt.

Die Kämpfe zwischen den Matrosen und den Truppen sind beigelegt.

Wir hatten uns in den beiden letzten Tagen die größte Zurückhaltung bei der politischen Würdigung dieser Ereignisse auferlegt, im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung, die uns nicht gestattete, noch Oel in das lodernde Feuer zu gießen. Nun, da die Kämpfe abgeschlossen sind, kann die Frage der Verantwortlichkeit und der Schuld aufgeworfen und rücksichtslos beantwortet werden. Rücksichtslos nach allen Seiten, denn gerade in revolutionären Zeiten muß ausgesprochen werden, was ist.

Wir haben schon gesagt, daß der Ausgangspunkt der ganzen Ereignisse ein unpolitischer war. Der Spartakusbund, den zu verteidigen wir gar keinen Grund haben, wurde durch den Ausbruch ebenso überrascht, wie die Unabhängigen, Rechtssozialisten oder die bürgerlichen Parteien. Es handelte sich um spezielle Matrosenforderungen, deren Erfüllung ihnen von der Regierung einmütig zugesagt war.

Die Matrosendivision sollte zum größeren Teil entlassen werden, 600 Mann bleiben und sollten in die neue Soldatenwehr aufgenommen werden. Die rückständige Löhnungssumme von 80 000 Mark sollte ihnen ausgezahlt werden, sobald sie das Schloß geräumt hätten. Die Matrosen waren im Begriff, diese Forderungen zu erfüllen, sie brachten die Schlüssel des Schlosses in die Reichskanzlei. Da machte der Kommandant Wels neue formale Schwierigkeiten. Die Matrosen griffen zur Selbsthilfe und besetzten die Kommandantur und später die Reichskanzlei. Wir billigen diese Selbsthilfe nicht und die Ereignisse haben gezeigt, daß sie Opfer forderte, die in keinem Verhältnisse zu der Veranlassung standen. Aber wir kennen die Erbitterung und das Mißtrauen, das nicht nur bei den Matrosen, sondern in den weitesten Kreisen der Berliner Garnison und der Arbeiterschaft gegen Wels herrscht und dies erklärt vollständig die Erregung der Matrosen.

Wels ist ein Unglück. Wir wollen seine Absichten nicht verdächtigen, dafür fehlen uns die Beweise. Aber er ist der denkbar ungeeignetste Mann, der für diesen Posten hätte gefunden werden können. Schon die Vorgänge am 6. Dezember haben bewiesen, daß er unfähig ist, zu disponieren und seine Unzulänglichkeit ist schuld an dem Blutbad in der Chausseestraße. Schon damals hätte er entfernt werden müssen. Es ist nicht geschehen und das ist Schuld seiner Freunde in der Regierung. Schuld der Lügenkampagne des „Vorwärts", der aus der Erschießung der Opfer einen Spartakusputsch zurechtfälschte. Wels fehlt jede Umsicht, jede Fähigkeit, zu verhandeln und Vertrauen zu gewinnen. Er ist brutal, wo nur Verständigung am Platz ist.

Wels hat eine systematische Kampagne gegen die Matrosen geführt, sie so rasch als möglich aus Berlin zu entfernen gesucht, weil sie für ihn nicht als politisch zuverlässig genug galten, hat sie insgesamt des Diebstahls und der Plünderung beschuldigt. Er hat zuletzt, als die Vereinbarungen getroffen waren, sie mit seinen Verzögerungen aufs neue gereizt und so den unmittelbaren Anlaß zu den darauffolgenden Ereignissen gegeben. Seine Entfernung, die die Matrosen durchgesetzt haben, ist eine nützliche Tat.

So viel über die Vorfälle am Montag.

Ganz anders und viel schwerwiegender sind die Vorfälle am Dienstag zu beurteilen. Montag abend mußte man annehmen, daß unschwierige Verhandlungen genügen werden, um die neu aufgetauchten Schwierigkeiten zu beseitigen. Was die Matrosen verlangten, war ja nicht mehr, als was die Regierung ihnen schon vorher zugebilligt hatte. Es handelte sich nur mehr darum, Wels aus seiner Haft zu entlassen, und die Matrosen setzten dem ja keinen Widerstand entgegen.

Statt dessen, statt einiger vernünftiger Worte, werden Truppen mobil gemacht, werden Kanonen aufgefahren, wird ein Ultimatum gestellt, von dessen Ton und Inhalt man wußte, wissen mußte, daß die Matrosen es ablehnen würden. Und dann wird Schloß und Marstall unter Artilleriefeuer genommen und ein Blutbad angerichtet!

Waren die Urheber des Angriffes von Sinnen? Wußten sie nicht, daß ein solches Vorgehen die entsetzlichsten Folgen haben konnten, daß das hieß, die Truppen der Berliner Garnison herausfordern, in denen die Sympathien für die Matrosen weit überwiegen, ebenso wie die revolutionäre Arbeiterschaft?

Es ist wirklich nicht das Verdienst der Wahnwitzigen, die den Angriff auf das Schloß befohlen haben, wenn nicht noch viel entsetzlicheres Unheil angerichtet worden ist.

Wer ist der Schuldige? Das Generalkommando Lequis erklärt, auf Befehl der Regierung gehandelt zu haben. Der „Vorwärts" sagt gleichfalls, daß die Truppen von der Regierung herbeigerufen worden seien.

Wir können erklären: Die Mitglieder der U. S. P. D. in der Regierung sind an der Heranziehung der Truppen völlig unbeteiligt. Sie haben trotz ihrer Bemühungen nicht feststellen können, wer den Befehl zum Einrücken dieser Truppen gegeben hat. Sie würden, wie wir wissen, auf das energischste protestiert haben, wenn ihnen ein solcher Antrag vorgelegen hätte.

Es kann natürlich nicht bei diesem, zunächst negativen Ergebnis sein Bewenden haben. Es ist durchaus unwahrscheinlich, daß das Generalkommando Lequis auf eigene Faust eine solche Aktion unternimmt. Dem stehen auch die bestimmten Erklärungen der Militärs entgegen. Hat Ebert allein oder mit seinen Freunden in der Regierung den Befehl gegeben?

Jedenfalls trägt Ebert die Verantwortung. Warum sind Verhandlungen unterlassen und sofort zur Anwendung von Waffengewalt geschritten worden?

Dies ist um so unverständlicher, als der Versuch gemacht worden ist. Genosse Ledebour wurde zu später Nachtstunde in den Marstall geholt und begab sich dann gegen 4 Uhr früh in das Reichskanzlergebäude, begleitet von einer Deputation der Matrosen. Als er niemanden vorfand, hinterließ er dem wachthabenden Leutnant, daß er als Vertreter der Matrosen jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. Trotzdem wurde heute früh die Kanonade des Schlosses eröffnet, ohne daß er von der Regierung benachrichtigt wurde.

Ebert hat auf alle Fälle die nötige Umsicht in einem entscheidenden Moment vermissen lassen. Ja, die Umstände

rechtfertigen den Verdacht, daß er Verhandlungen nicht wollte, sondern sich auf die Gewalt verließ, daß er nach alten, schlechten Rezepten die „Autorität der Regierung" wahren wollte.

Dieses Vorgehen hat entsetzliches Unheil angerichtet und hat Bruderblut in den Straßen fließen lassen und darüber hinaus die sozialistische Sache auf das schwerste geschädigt.

Es ist klar, daß die Stellung der Regierung erschüttert ist. Wie wir hören, besteht eine Kabinettskrise. Sie hat ihre Ursache in sachlichen Meinungsverschiedenheiten über die Beschlüsse des Kongresses der A- und S-Räte, die die Soldatenforderungen betreffen. Sie hat sich infolge der unseligen Vorgänge der beiden letzten Tage sehr verschärft. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie in wenigen Tagen zu einer Kabinettsänderung führen wird.

Die Situation ist ernst. Wir kennen den dringenden Wunsch vieler Arbeiter, daß die Regierung aus beiden sozialistischen Parteien zusammengesetzt sei. Wir begreifen, daß im Interesse einer möglichst breiten Basis für die sozialistische Regierung eine Mitarbeit beider Parteien in der Regierung bis zur Nationalversammlung gewünscht werden kann. Aber es ist ausgeschlossen, daß die Verantwortlichen an den traurigen Ereignissen nicht voll und ganz die Folgen ihres Tuns tragen müssen. Die Kanonade auf das Schloß hat auch die Mitglieder der Regierung, die an der Heranholung der Truppen Anteil hatten, getroffen.

Die Verhandlungen, die unsere Freunde von Anfang an verlangt haben, sind denn allzu spät geführt worden. Es ist für die politische Situation charakteristisch, daß von der Regierung selbst dazu die beiden Unabhängigen Tost vom Marinerat und R. Müller vom Vollzugsrat bestimmt worden sind, neben Cohen-Reuß vom Zentralrat, der, obzwar Rechtssozialist, dort nicht einseitig den Standpunkt der Rechtssozialisten vertreten hat.

In der Tat hatten die Unabhängigen die Führung in den Verhandlungen, die dem scheußlichen Blutvergießen ein Ende machten. Ihrer Energie ist es vor allem zu danken, wenn diese Verhandlungen mit der vollen Erfüllung der Matrosenforderungen geendet haben.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat keinen Anteil und keine Verantwortung für die blutigen Vorgänge. Sie hat dagegen alles getan, um dem Unheil Einhalt zu tun, und sie darf es als Verdienst für sich in Anspruch nehmen, wenn die Ereignisse schließlich nicht zum Schaden der revolutionären Sache ausgegangen sind, sondern das Band zwischen der Partei und den revolutionären Arbeitern, Matrosen und Soldaten noch enger und fester geworden ist.

Das Ergebnis der Verhandlungen.

Auf Grund von Verhandlungen, die mit dem Kommandeur der Gardekavallerie-Schützendivision und den von der Regierung mit Vollmachten ausgestatteten Beauftragten des Groß-Berliner Vollzugsrates unter Hinzuziehung von Vertretern der Matrosen gepflogen worden sind, kam folgende Einigung zustande:

Das Ultimatum, das am Sonnabend früh gestellt worden ist und Anlaß zu den folgenschweren Schießereien gab, wird zurückgezogen.

Die Matrosen erklären sich bereit, Wels freizulassen (was inzwischen bekanntlich geschehen ist). Sie behalten das Recht zum Tragen von Waffen und bleiben solange im Schloß, bis der Vertrag mit dem Finanzministerium erfüllt ist. In diesem Vertrag verpflichten sich die Matrosen, das Schloß zu räumen, sobald im Marstall für entsprechende Unterkunft gesorgt ist.

Weiter ist den Matrosen zugesagt worden, daß sie als besondere Formation bestehen bleiben können; sie sollen sich allerdings der republikanischen Soldatenwehr angliedern. Zu letzterem haben sich die Matrosen aber nur unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß der seitherige Kommandant von Berlin — Wels — sofort zurücktritt.

Die Formation der Matrosen soll nicht unter die Stärke von 1500 Mann herabgesetzt werden.

Auf Grund dieser Einigung zog die Division ihre Truppen sofort zurück.

Der offizielle Bericht.

Berlin, 24. Dezember. (W. T. B.) Die Vorgänge, die in Berlin zur Straßenschlacht ausgeartet sind und durch das Vorgehen der Volksmarinedivision verursacht (!) worden waren, haben mit Verhandlungen zwischen der Regierung, die durch die Mitglieder des Zentral- resp. Vollzugsrats Cohen-Reuß, Richard Müller und Tost vertreten war, und den Matrosen geschlossen. Diese haben zu einem Abkommen geführt, das, gewissenhaft gehalten, die Grundlage für festere Verhältnisse bilden kann.

Der Wortlaut des Abkommens ist folgender: 1. Die Volksmatrosendivision verpflichtet sich, sofort das Schloß zu verlassen, wenn der Vertrag vom 18. Dezember durchgeführt wird. Danach hat die Matrosendivision Anspruch auf Bureauräume im Marstall.

2. Die Matrosen werden der republikanischen Soldatenwehr eingegliedert, die dem Befehl der Kommandantur untersteht. Die Form der Angliederung bleibt einer späteren Vereinbarung vorbehalten.

3. Die Matrosen verpflichten sich, in Zukunft nicht wieder an Aktionen gegen die Regierung teilzunehmen. Meinungsverschiedenheiten sind stets auf dem Verhandlungswege durch die zuständigen Stellen zu erledigen.

Die Division des Generalkommandos Lequis wird sofort zurückgezogen. Die Alarmbereitschaft der Berliner Truppen und der Matrosendivision wird sofort aufgehoben. Die Matrosen und Soldaten gehen in ihre Quartiere zurück. Der Kommandant Wels ist sofort freizulassen.

Der Kampf um das Schloß.

Am Marstall und im Schloß war in der Nacht vom Montag zum Dienstag alles ruhig. Nur vor dem Reichskanzlerpalais erschienen gegen 2 Uhr nachts ein größeres Truppenaufgebot unter Führung von zwei jungen Offizieren und verstärkte die Wache vor dem Gebäude. Die Mannschaften waren mit zwei leichten M.-G.s ausgerüstet. Die Verhandlungen, die am Montag zwischen den Vertretern der Matrosen und den beauftragten Vertretern der Regierung stattfanden, zogen sich bis gegen 12 Uhr nachts hin und ergaben, daß die Matrosen zwar damit einverstanden waren, Wels freizulassen, aber nur unter der Voraussetzung, daß ihnen der Sold gezahlt würde. Sie weigerten sich aber, Berlin zu verlassen.

Die republikanische Soldatenwehr beschloß darauf, gegen die Matrosen mit aller Gewalt und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Die in Babelsberg liegende Kavallerie-Schützen-Division wurde alarmiert und rückte in Eilmärschen auf Berlin zu. In den ersten Morgenstunden war die Straße Unter den Linden in ein richtiges Heerlager verwandelt. Feldmarschmäßig ausgerüstete Truppen, mit Stahlhelm, Tornister, Handgranaten und aufgepflanztem Seitengewehr gingen mit der Richtung aufs Schloß oder den Marstall in Stellung. Außerdem wurden leichte und schwere Maschinengewehre gegen das Schloß und Marstall aufgestellt. Die Sturmtruppen richteten ihr Stabsquartier im Kronprinzenpalais ein.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins fordern die Arbeiter auf, heute, am ersten Feiertag, nachmittags 2 Uhr, in der Siegesallee zu einer Massenversammlung zu erscheinen. Die Arbeiter der einzelnen Betriebe versammeln sich an den für sie durch Plakate kenntlich gemachten Tribünen. Kein Arbeiter darf fehlen! Die Situation ist bitter ernst. Die Revolution ist in großer Gefahr.

Die revolutionären Obleute von Groß-Berlin.

Gegen ¾8 Uhr erschien vor dem Marstall eine Abordnung mit weißer Fahne und stellte den Matrosen folgendes Ultimatum:

„Wir verlangen völlige Ergebung der Matrosen, denen ihre berechtigten Forderungen sofort erfüllt werden sollen. Binnen zehn Minuten haben alle im Marstall und Schloß befindlichen Matrosen sich unbewaffnet auf dem Schloßplatz aufzustellen. Wir geben zehn Minuten Bedenkzeit. Wenn nach dieser Frist nicht die weiße Fahne gezogen wird, werden wir Schloß und Marstall mit Artillerie beschießen."

Als um 8 Uhr die weiße Fahne nicht erschien, wurde von einem Geschütz, das hinter dem Lustgarten aufgestellt war,

das Feuer auf das Schloß eröffnet.

Zugleich gingen Sturmtrupps gegen das Schloß vor, konnten aber nicht weiter, da sie durch Maschinengewehrfeuer aufgehalten wurden. Erst als gegen das Schloß einige Treffer erzielt waren, die vor allem die Eingänge schwer beschädigten und den kostbaren Barockschmuck völlig zerstörten, konnten die Sturmtrupps in das Innere des Schlosses eindringen. Die Matrosen waren inzwischen verschwunden; sie hatten sich nach der Marstallseite zurückgezogen. Nur im Weißen Saal sollen sich

Kämpfe Mann gegen Mann

abgespielt haben.

Zur gleichen Minute, als das Feuer gegen das Schloß begann, fehlte vom Werderschen Markt aus Geschützfeuer gegen den Marstall ein. Die Matrosen erwiderten auch hier mit Maschinengewehrfeuer. Trotz wiederholter Versuche, den Marstall zu besetzen, erreichten die Sturmtruppen ihren Zweck nicht. Die Matrosen bestrichen die Straße nach dem Werderschen Markt dauernd mit Feuer und ließen in ihrer Ausdauer nicht nach, obwohl der Marstall viele schwere Treffer erhalten hatte.

Gegen 10 Uhr wurde der Kampf eingestellt. Matrosen erschienen mit einer weißen Flagge, aber es scheint dabei zu einer Einigung nicht gekommen zu sein, denn gegen 11 Uhr wurde der Kampf mit Maschinengewehrfeuer von neuem aufgenommen. Die Matrosen hatten inzwischen Verstärkungen erhalten, auch hinter dem Rücken der Angreifer rückten Truppenteile heran, um die Matrosen zu unterstützen. Die Schießerei endigte erst gegen ½12 Uhr, als eine Abordnung der angreifenden Division vor dem Marstall erschien und mit den Matrosen verhandelte. Einer der Offiziere erklärte, daß von General Hoffmann, dem Kommandeur der Gardeschützendivision, der Befehl gegeben worden sei, unter keinen Umständen mehr zu schießen. Darauf wurden die Angreifer entwaffnet und verließen den Kampfplatz.

Gegen 12 Uhr kam Genosse Ledebour und erklärte in einer Ansprache, daß Verhandlungen zwischen Vertretern der Matrosen und Beauftragten der Regierung begonnen hätten. Die Matrosen dürften unter keinen Umständen entwaffnet werden, da sie sich als

treue Vorkämpfer der Revolution

erwiesen hätten. Nun trat Ruhe ein. Ansammlungen von Zivilpersonen fanden in der Nähe des Kampfplatzes im Laufe des ganzen Nachmittags statt. Die Neugierigen diskutierten eifrig über die Vorgänge und es war allgemein festzustellen, daß die Sympathien zumeist auf Seiten der sich verteidigenden Matrosen war.

Der Schaden, der durch das Geschützfeuer angerichtet worden ist, ist recht bedeutend. Am meisten hat der Marstall gelitten, der gegen 20 Treffer erhalten hat. Die Fassaden sind fast ganz zerstört, Teile der Säulen, die sich vor den Eingängen erheben, sind zerschlagen, aus den Mauern ganze Fetzen gerissen, kein Fenster ist ganz geblieben. Auch an der Fronteile des Schlosses nach dem Lustgarten zu sind sämtliche Fenster demoliert. Die starken Mauern des Schlosses hielten im allgemeinen dem Geschützfeuer stand, wohl aber rissen die berstenden Granaten große Stücke aus dem Mauerwerk heraus. Der Balkon, von dem aus der Exkaiser im Juli 1914 seine bekannte Ansprache hielt, ist völlig zerstört. Ein anderer Treffer zerstörte eine Säule vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal.

Die Schießerei hat

auch unter Unbeteiligten ihr Opfer

gefordert. Die 21 Jahre alte Anlegerin Erna Rehtanz aus der Reichenberger Straße 120 wurde durch eine verirrte Kugel auf ihrer Arbeitsstelle tödlich getroffen. Das junge Mädchen war mit Arbeitsgenossinnen in der im vierten Stockwerk des Hauses Köpenicker Straße 49 belegenen Druckerei von Roediger beschäftigt und stand gerade etwa vier Meter vom Fenster entfernt an ihrem Arbeitstisch, als plötzlich wenige Minuten vor 9 Uhr eine Kugel die Scheibe durchschlug und es in den Hals traf. Das Geschoß durchschlug die Schlagader und tötete die Getroffene auf der Stelle. Die Kugel, die aus der Richtung des Schlosses kam und zweifellos dort abgefeuert worden ist, hatte, bevor sie ihr Opfer fand, nahezu zwei Kilometer zurückgelegt, ein Beweis, daß durch solche Straßenschlachten nicht nur die Beteiligten innerhalb des abgesperrten Gebietes, sondern auch die Unbeteiligten in der weiteren Umgebung stark gefährdet sind.

Eine falsche amtliche Meldung.

Wolffs Bureau verbreitet:

Berlin, 24. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt: Das Eingreifen von Truppen in die gestrigen und heutigen Unruhen in Berlin diente lediglich dem Zwecke, die Regierung Ebert-Haase gegen die meuternden Matrosen zu schützen. Treu ihrer Verpflichtung, die sie vor Einrücken in Berlin für die Regierung übernommen hatten, haben sich die Truppen eingesetzt, zu verhindern, daß die Erfolge der Revolution durch das unberechtigte Eingreifen von aus selbstsüchtigen Gründen meuternden Angehörigen der Marine in Frage gestellt werden.

Demgegenüber stellen wir fest, daß unsere Mitglieder in der Regierung die Heranziehung der Truppen weder wollten, noch davon wußten. Das Vorgehen der Matrosen konnte in keinem Falle die Erfolge der Revolution in Frage stellen. Die Behauptung, daß die aus Potsdam herangeholter Truppen sich dafür eingesetzt hätten, die Revolution zu sichern, ist ungeheuerlich. Noch immer fehlt jede amtliche Erklärung, wer die Truppen geholt hat. Wir denken, darüber Aufklärung zu geben wäre wichtiger als die miserable Stimmungsmache.

Fälschungsversuche des „Vorwärts".

Im „Vorwärts" versucht Stampfer dasselbe Manöver zu wiederholen, das das Blatt nach dem 6. Dezember zusammen mit der bürgerlichen Presse ausgeführt hat. Wie damals die Opfer des Weis zu Opfern von Spartakus gemacht worden sind, so sucht er jetzt wieder der Welt einzureden, daß der Spartakusbund für das Vorgehen der Matrosen und die Folgen verantwortlich seien. Damals deckte er Weis, jetzt Ebert. Aber die Hetze gegen Spartakus wird diesmal nicht verfangen. Dazu liegen Ursache und Schuld denn doch zu klar am Tage.

Wir wollen deshalb nur feststellen: Stampfer bezeichnet die Matrosen als Verbrecher, findet aber kein Wort des Tadels für die Beschießung des Schlosses, für die ganze Ungeheuerlichkeit des Vorgehens mit bewaffneter Macht. Das genügt. Mit Stampfer, dem geborenen Nationalliberalen, über politische Moral zu diskutieren, lehnen wir ab.

Die Sprengung der Nationalversammlung.

Das Pressebureau des Kultusministeriums (geg. Harndt) schreibt uns:

Der schwer erkrankte Minister Adolf Hoffmann ist jetzt soweit hergestellt, daß er von der gegen ihn gerichteten Erklärung der preußischen Regierung Kenntnis erhalten konnte. Diese Erklärung wendete sich gegen Hoffmanns angebliche Aeußerung: „Ergeben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit, dann muß die Nationalversammlung gesprengt und die Diktatur des Proletariats aufgerichtet werden."

Minister Hoffmann erklärt, daß er diese Aeußerung nicht getan hat. Er hat vielmehr kurz zusammengefaßt nur darauf hingewiesen, daß bei einer übereilten Wahl nicht Zeit genug sei, die Massen des Volkes aufzuklären. Infolgedessen sei es möglich, daß die Wahlen zur Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit ergeben. Alsdann könne es schon so kommen, daß die enttäuschten Massen die Nationalversammlung sprengen. Schuld seien dann diejenigen, die die Verantwortung dafür haben, daß die Wahlen zu schnell stattfanden.

Mithin hat Minister Hoffmann die ihm zugeschriebene Aeußerung nicht getan und es entfallen damit auch die gegen Hoffmann gerichteten Erklärungen der preußischen Regierung.

Ein eigenartiger Schritt.

Genosse Eduard Bernstein hat an den Vorsitzenden des Schöneberger Wahlvereins der Mehrheitssozialisten folgendes Schreiben gerichtet:

Werter Genosse Däumler!

Vom ersten Tage der Revolution an überzeugt, daß nur durch ein ehrliches Zusammenarbeiten aller Sozialdemokraten der neuen Republik Deutschland diejenige gesunde Entwicklung gesichert werden kann, deren sie bedarf, um unser Wirtschaftsleben in Betrieb zu halten und durchgreifenden sozialistischen Maßnahmen zugunsten des arbeitenden Volkes Erfolg und Dauer zu verbürgen, und durch die gestrigen Vorkommnisse belehrt, daß das bisherige Verhältnis der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zu einander die Vorbedingung dieses Zusammenarbeitens nur ungenügend erfüllt, sehe ich mich veranlaßt, für meine Person den ersten Schritt zu einem festen Bündnis zu tun. Ohne meine Beziehungen zur U. S. D. P. zu lösen, melde ich mich auch bei Eurer Partei als Mitglied an und bitte Sie, diese Anmeldung dem Kassierer Ihrer Mitgliedschaft freundlichst zu übermitteln.

Genosse Bernstein wird bei den Parteigenossen mit diesem Schritt wenig Verständnis finden. Wir können nur bedauern, daß er sich nicht vorher mit der Parteileitung beraten hat.

Ein Weihnachtsgeschenk für die Kriegsverletzten.

Berlin, 24. Dezember. Das Vaterland hat durch den Mund seiner Beauftragten immer wieder den Opfern des Krieges erklären lassen, daß es seiner verstümmelten und kriegsbeschädigten Söhne nicht vergessen werde. Heute, am Weihnachtstag, macht nun die Reichsregierung dieses Versprechen wahr, und legt denen, die auf die Versorgung durch die Allgemeinheit ein Recht haben und den vierjährigen Kampf mit ihren Gliedern und ihrer Gesundheit bezahlt haben, ein Weihnachtsgeschenk auf den Tisch. Deutschland ist arm, aber auch in seiner Armut denkt es an die Opfer des Krieges und will ein wenig Freude und Zufriedenheit in jedes Haus eines Kriegsbeschädigten bringen. — Die neue Verordnung verdoppelt für den Monat Januar die laufenden Versorgungsgebührnisse und Unterstützungen. Bei den Rentenzuschlägen tritt eine Erhöhung von 50 bis 100 Prozent, je nach dem Grad der Erwerbsunfähigkeit, ein. Auch die Verstümmelungszulagen, auf welche ehemalige Soldaten keinen gesetzlichen Anspruch haben, werden wesentlich, so bei schwerem Siechtum und bei Geisteskrankheit um das Dreifache, erhöht. Es muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Auszahlungen in dieser erhöhten Weise aus technischen Gründen bei der großen Zahl der Versorgungsberechtigten leider nicht vor Ablauf einiger Monate wird bewirkt werden können.

Keine Versenkung der Kriegsschiffe.

New York, 23. Dezember. (Reuter.) Der Washingtoner Korrespondent der Associated Preß ist ermächtigt, mitzuteilen, daß Wilson sich allen Vorschlägen, die deutschen unter den Waffenstillstandsbedingungen übergebenen Kriegsschiffe zu versenken, ernstlich widersetzt.

Die sächsische Nationalversammlung.

Dresden, 24. Dezember. Wolffs sächsischer Landesdienst meldet: Die Wahlen für die sächsische Nationalversammlung finden am Sonntag, den 2. Februar statt. Das Gesamtministerium ist nach wie vor der Auffassung, daß die Zeit der Kleinstaaterei für überwunden zu gelten hat und daß endlich der bereits im Jahre 1848 gehegte Gedanke einer einheitlichen deutschen Republik sich durchsetzen muß. Nur als Notbehelf könne die Föderation selbständiger Bundesstaaten in Betracht kommen, wenn der Einheitsgedanke sich undurchführbar erweisen sollte. Kann die sächsische Nationalversammlung nicht als Konstituante tätig sein, so wird sie doch ihren Einfluß gegen eine erneute Zersplitterung des Reiches geltend machen, darum ist die Berufung der Versammlung für Sachsen notwendig. Das Wahlrecht für das Reich wird auch für Sachsen gelten. Die Zahl der Abgeordneten wird 90 betragen, und zwar entfallen auf den Wahlkreis Leipzig 24, Chemnitz 36 und Dresden 30 Abgeordnete.

Wahlvorbereitungen in den besetzten Gebieten.

Berlin, 23. Dezember. In der Vollsitzung der Internationalen Waffenstillstandskommission in Spaa vom 21. Dezember wurde in Beantwortung der von den Alliierten gewünschten Angaben eine deutsche Note überreicht, die Mitteilungen über die Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung enthält. Unter nochmaligem Hinweis auf die außerordentliche politische Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung ersucht die deutsche Regierung in die Vorbereitung und Vornahme der Wahlen und in die Agitation, insbesondere also auch in die Presse- und Versammlungsfreiheit, keine Eingriffe vorzunehmen, sowie zu gestatten, daß die erforderliche Berichterstattung der Verwaltungsbehörden über die Wahlvorbereitungen und Vornahme der Wahlen ungehindert geschehen kann. Da die Wahlen schon im Januar stattfinden sollen, wäre die deutsche Regierung für Beschleunigung der erforderlichen Anordnungen dankbar. Französischerseits wurde die Weitergabe der Note zugesagt.

Die Alliierten haben die nötigen Maßnahmen getroffen, um die Versendung der in Aurich lagernden achtzehn Millionen Wahlkuverts zu ermöglichen.

Grundsätzliche Bestimmungen über Erteilung der Einreiseerlaubnis in das besetzte Gebiet werden erst nach Unterzeichnung des Präliminarfriedens erlassen werden.

Die Stimmbezirke bei den Nationalratswahlen.

Die Nachrichtenstelle des Reichsamts des Innern teilt mit: Unter heftigen Angriffen auf die Regierung verlangt die „Kölnische Volkszeitung", daß der § 9 der Wahlordnung zur deutschen Nationalversammlung geändert werde. Nach dem Absatz 1 dieses Paragraphen soll „jeder Stimmbezirk durchschnittlich 2500, höchstens 3500 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 umfassen." Es wird nun behauptet, daß, wenn man auf dem Lande Stimmbezirke von 2500 Einwohnern bilden wolle, man in der Regel eine ganze Reihe von Ortschaften zusammenfassen müsse. Dabei wird aber unbegreiflicherweise völlig übersehen, daß § 9 der Wahlordnung nur eine Art Ausführungsbestimmung enthält, während im § 7 des Reichswahlgesetzes die grundlegende Bestimmung über die Abgrenzung der Stimmbezirke gegeben ist. Danach sollen diese Bezirke möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen, große Gemeinden in mehrere Stimmbezirke zerlegt, kleinere mit benachbarten zu einem Stimmbezirk vereinigt werden. Die Ziffer 2500 gibt nur, wie es ja auch ausdrücklich gesagt ist, den Durchschnitt an. Selbstverständlich können ländliche Gemeinden mit sehr kleinen oder sehr weit entlegenen Gemeinden auch unter dieser Durchschnittszahl bleiben. Es soll lediglich verhütet werden, daß Zwerg-Stimmbezirke entstehen, durch die das Geheimnis der Wahl gefährdet wird. Selbstverständlich aber soll jeder Wähler, soweit es die räumlichen und die Witterungsverhältnisse im Winter zulassen, die Möglichkeit der Wahlausübung haben. Man wird daher im gegebenen Falle weit unter die Zahl 2500 heruntergehen können, und es ist zu beachten, daß die zuständigen Behörden nach § 1 Absatz 2 der Wahlordnung dem Wahlkommissar über die Abgrenzung der Stimmbezirke unverzüglich Anzeige zu erstatten haben, so daß gegebenenfalls noch Remedur erfolgen kann.

Werbung für eine Freiwilligen-Armee.

Berlin, 24. Dezember. Um die älteren Jahrgänge an den noch bestehenden Fronten des Westens und insbesondere des Ostens möglichst noch vor Ende des Jahres in die Heimat abbefördern zu können, sind vom preußischen Kriegsministerium an die Generalkommandos Weisungen ergangen, die Anwerbung von Freiwilligen mit allen Mitteln zu fördern. Die Einstellung dieser Freiwilligen soll in erster Linie in Verbände des Ostheeres außerhalb des Reiches, alsdann in ebensolche innerhalb des Reiches und schließlich in Truppenteile erfolgen, die zum Grenzschutz im Westen bestimmt sind. Für eine Werbung kommen sämtliche Jahrgänge in Frage, auch die bereits Entlassenen, außer den Jahrgängen 1898 und 1899, die nur zum Eintritt in Verbände jenseits der Ostgrenze herangezogen werden dürfen und nur dann, wenn die Betreffenden bereits zwei Jahre gedient haben. Die Freiwilligen genießen sämtliche Vorteile genau wie die Heeresangehörigen, vor allem bezüglich Familienunterstützungen, Aufwandsentschädigungen und Versorgungsansprüchen. Als Gebührnisse sind ausgeworfen: die mobile Löhnung nach den Dienstgraden und tägliche Zulagen in Höhe von 4 Mark (im Westen) und 5 Mark (im Osten); hierzu kommen außerdem Treuprämien im Betrage von 20 Mark für den ersten Monat und steigend für jeden weiteren Monat um 5 Mk., bis zum Höchstsatze von 50 Mark. Wo besondere Lebensmittel zur Verfügung stehen, werden aus solchen den Freiwilligen noch weitere Zulagen gezahlt. Jeder Freiwillige hat nach 3 Monaten Dienstzeit Anspruch auf einen 14tägigen Urlaub. Zur Durchführung der Werbungen sind durch die Generalkommandos in allen größeren Städten Werbestellen eingerichtet, in denen weitere Auskünfte erteilt werden.

Das Ende einer Verleumdung.

Berlin, 24. Dezember. Zu den angeblichen Unterschlagungen von Geldern im Vollzugsrat wird durch Wolff gemeldet:

Das Verfahren gegen den früheren Leiter der Nachrichtenstelle beim Vollzugsrat, Herrn Ettisch, wegen Verdachts der Unterschlagung amtlicher Gelder ist nach vierwöchigen Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Er wurde aus der Haft entlassen. — Das Verfahren gegen Ettisch wurde übrigens auf seinen eigenen Wunsch eingeleitet.

Ausbau der Erbschaftssteuer.

Berlin, 23. Dezember. Zu den Finanzplänen des Reichsschatzamtes gehört auch der Ausbau der Erbschaftssteuer. Bei der Bemessung der Steuersätze soll nicht nur das Vermögen des Erben, sondern auch der Besitz des Erblassers an Kriegsanleihe berücksichtigt werden. Erbschaften, die bis zu einem bestimmten Teil aus Kriegsanleihe bestehen, sollen steuerlich bevorzugt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die in Frage kommenden Kriegsanleihen von dem Erblasser auf dem Zeichnungswege oder während des Krieges erworben worden sind.

Beilegung des schlesischen Eisenbahnerstreiks.

Kattowitz, 24. Dezember. Nach den gestern abend stattgefundenen Verhandlungen zwischen der Direktion der Kleinbahn und ihren Angestellten kam eine Einigung derart zustande, daß außer der früher beschlossenen Erhöhung von 1,50 M. die bisherige Teuerungszulage von 45 M. auf 50 M. erhöht wurde. Ferner erhalten auch die Frauen ein Weihnachtsgeschenk von 50 M. Darauf beschlossen die Angestellten, den Betrieb Dienstag wieder aufzunehmen.

Allgemeines Wahlrecht in Belgien.

Brüssel, 23. Dezember. Der Ministerrat nahm unter dem Vorsitz des Königs die Wahlreformvorlage, durch die das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, an.

Die Reaktion in der Schweiz.

Wir haben schon kürzlich die von der Versammlung in den Germaniasälen angenommene Protestresolution veröffentlicht, die sich gegen das Wüten der Reaktion in der Schweiz wendet. Zahlreiche Sozialisten, die in den Kriegsjahren in der Schweiz das Asylrecht des politischen Flüchtlings in Anspruch genommen haben, werden durch die tobende Reaktion ausgewiesen und dadurch mit Elend und Zuchthaus bedroht.

Heute geht uns ein Aufruf des Komitees für die Heimreise deutscher und österreichischer Sozialisten in der Schweiz zu, in dem die Genossen um Unterstützung durch die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche sozialistische Republik bitten. Wir hoffen, daß ihnen Hilfe werden und daß auch die Regierung der Einreise nichts in den Weg legen möge.

Kritik der englischen Presse.

Amsterdam, 24. Dezember. Die englische Presse kritisiert äußerst scharf die Verzögerung der Vorfriedensverhandlungen. Viele der noch zu erörternden Fragen brächten bei längerem Abwarten nur noch größere Schwierigkeiten und Gefahren mit sich. Außerdem werde der Wunsch und die Notwendigkeit einer baldigen Entlassung der Truppen sehr dringend.

Demobilisierung in Amerika.

Amsterdam, 23. Dezember. Das niederländische Pressebureau Radio meldet aus Washington: Der Generalstabschef March teilt mit, daß jetzt von den in den Vereinigten Staaten befindlichen Landstreitkräften täglich 30 000 Mann demobilisiert werden.

Aus der englische Arbeiterbewegung.

Amsterdam, 24. Dezember. Aus London wird gemeldet: Es haben 2 800 545 Arbeiter in der englischen Maschinen- und Schiffsbauindustrie für und 148 036 gegen die 47stündige Arbeitswoche gestimmt. Auf einer Versammlung der Gewebearbeiter von Lancashire und Yorkshire wurde beschlossen, die 48stündige Arbeitswoche für alle auf der Erde arbeitenden Arbeiter einzuführen. Der Nationalverband der Transport-Arbeiter verlangt für alle Beamten der englischen Straßenbahnlinien, die sich in Gemeinde- oder Privatbesitz befinden, die 44stündige Arbeitswoche, wobei die Anzahl der Arbeitsstunden an ein und demselben Tage acht nicht überschreiten darf.

Blutige Vorfälle in Lissabon.

Amsterdam, 24. Dezember. Dem „Telegraaf" zufolge erfährt die „Times" aus Lissabon, daß bei dem Begräbnis des ermordeten Präsidenten in der Rua Augusta Schüsse gewechselt wurden, wobei 4 Personen getötet worden sind. Durch einen falschen Alarm entstand eine Panik, bei der 40 Personen verwundet wurden. Außerdem verunglückten infolge des Absturzes eines Flugzeuges noch zwei Personen tödlich.

Amsterdam, 24. Dezember. Dem Reuterschen Bureau zufolge berichtet ein Korrespondent des „Daily Telegraph", daß der britische Konsulardienst gewaltig ausgebreitet und verbessert werden soll und daß man beschlossen hat, die unbezahlten Honorarkonsuln aufzuheben und überall Handelsattachés anzustellen.

Unruhen in Chile.

Amsterdam, 24. Dezember. Das hiesige Generalkonsulat von Peru teilt mit, daß die Verfolgung der Peruaner in Chile immer heftiger wird. Der peruanische Dampfer „Urubamba" ist am 22. Dezember mit über 600 Repatriierten in Callao angekommen, die sich über zahlreiche Exzesse der Chilenen beklagen. In Valparaiso ist das peruanische Konsulat mit Steinen bombardiert worden.

Eine Gegenrechnung.

Die bürgerliche Presse wird nicht müde, durch Schauermärchen über die angebliche Geldwirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte die Revolution zu verdächtigen. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Gesellschaft kein Recht hat, über Mißwirtschaft zu jammern. Die Revolution schafft etwas absolut Neues. Daß es dabei nicht immer so geordnet zugehen kann, wie in einem friedlich arbeitenden Staatswesen, liegt auf der Hand. Wenn die Verhältnisse sich erst geklärt haben, wenn die Errungenschaften der Revolution gesichert sind und der friedliche Ausbau des Staates beginnen kann, wird man einsehen, daß einem ungeheuren Plus der Revolution ein verschwindend kleines Minus gegenübersteht.

Was haben indessen die alten Machthaber zurückgelassen? Nichts als Trümmer und Schutt. Das Volk wird, wenn die Rechnung fertig ist, mindestens zweihundert Milliarden Kriegsschulden abzuzahlen und zu verzinsen haben. Das Land ist entblößt von Lebensmitteln und Rohstoffen. Das Volk steht nahe vor einer Hungersnot. Es hat die besten seiner Söhne verloren. Ein Heer von Krüppeln ist zu ernähren. Millionen werden in allernächster Zeit nach Arbeit rufen, weil das Land abgeschnitten ist von jeder Zufuhr und Ausfuhr. Das alles ist das Werk der „Ordnungsleute", die bisher die Macht ausübten. Aber selbst abgesehen von den Zerstörungen, die sie infolge des Krieges, den sie herbeigeführt, gesteigert und ins Unendliche fortsetzen wollten: selbst von all diesem Elend abgesehen, haben die Herren während des Krieges mit dem ihnen anvertrauten Gut in einer geradezu haarsträubenden Weise gewirtschaftet.

Die „Breslauer Volkswacht", ein rechtsstehendes Arbeiterblatt, berichtet jetzt z. B. darüber, was sich das dortige Generalkommando die „Aufklärungsarbeit" hat kosten lassen. Das Generalkommando hatte sich die Aufgabe gestellt, äußerst sparsam zu wirtschaften. Immerhin wandte es im Monat Januar 1918 für „Aufklärungs"arbeiten die geringe Summe von 4082,02 Mark auf. Im Februar 1918 schnellte der Betrag infolge der Agitation für die Kriegsanleihe auf 14 918,20 Mk. Im März sanken die Ausgaben auf 11 958,58 Mk., sie betrugen im April 8 148,75 Mk., im Mai 5 304,16 Mk. und erreichten im September wieder die Höhe von 6 900,42 Mk. Hinzu kommen noch etwa 10—15 000 Mark noch nicht bezahlter Rechnungen für Druckschriften und Flugblätter, die von der Berliner Zentrale kostenlos geliefert wurden, so daß sich die Ausgaben des stellvertretenden Generalkommandos in Breslau für eine neunmonatige Propagandatätigkeit auf mindestens 100 000 Mark belaufen. Der Breslauer Fall steht keineswegs vereinzelt da. Ueberall, an der Front und in der Heimat wurde die reaktionäre „Aufklärungsarbeit" mit fieberhaftem Eifer betrieben. Millionen von Volksgeldern sind dabei verpulvert worden. An allen Ecken und Enden machte sich eine unglaubliche Korruptionswirtschaft mit diesen Geldern bemerkbar. Und dieselben Leute, die diese Wirtschaft betrieben oder mindestens förderten oder duldeten, spielen sich heute als Sittenrichter über die A.- und S.-Räte auf, entrüsten sich über die Aufklärungsarbeit, die von den revolutionären Kämpfern im Interesse des gesamten Volkes betrieben wird. Eine elendere Heuchelei hat es niemals gegeben!

Die Verschleuderung von Volksgut.

Zu der Notiz „Was in Warschau zurückblieb", erschienen in der Freitag-Morgen-Nummer unseres Blattes, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Wie unverantwortlich mit dem Gelde der Steuerzahler und dem Volksgute im Felde umgegangen worden ist, möge noch folgender Vorfall erläutern. In der Sanierungsanstalt Sosnowice in Polen, eine gute Stunde von Kattowitz entfernt, lagerten folgende Gegenstände: 1. zirka 40 000 Garnituren Wäsche (Hemd, Hose, Strümpfe bilden eine Garnitur). 2. zirka 25 000 gute Handtücher (Friedensware), zum größten Teil noch ungebraucht; 3. zirka ebensoviel Leibbinden, Ohrenschützer, Kopfschützer; 4. über 1000 Kilogramm gute Schmierseife; 5. über 3000 Kilogramm Stückenseife, in Polen 1917 für 15 000 M. gekauft und in der Zwischenzeit beinahe wertlos geworden; 650 Zentner Soda; 7. Etliche hundert Zentner Reis, Bohnen, Graupen; 8. größere Mengen an Zucker, Tee, Büchsenfleisch (welches, nebenbei gesagt, wegen der Länge der Lagerung anfing, schlecht zu werden); 9. 1200 Kilogramm gutes Maschinen- und Zylinderöl; 10. Marketenderware, Zigarren, Zigaretten, Wein, Kognak usw.

Wegen der Wäschestücke wurde die vorgesetzte Behörde (Medizinalabteilung, Kriegsministerium) wiederholt gebeten, die Anstalt von den Sachen zu leeren, da sie völlig nutzlos lagerten und dadurch sicher nicht besser würden. Die Antwort blieb aus. Alle diese nützlichen Gebrauchsgegenstände hätten sehr wohl in die Heimat überführt werden können; denn als im Oktober die österreichische Besatzung von den polnischen Legionären entwaffnet worden war und dasselbe Schicksal der deutschen Besatzung widerfuhr, war noch genügend Zeit und Material zum Abtransport vorhanden."

Es ist das unverzeihliche Verbrechen der alten Machthaber, daß sie den Krieg solange fortsetzten, bis ihnen die Verhältnisse derart über den Kopf gewachsen waren, daß sie das Unheil nicht mehr bannen konnten. Bei einem rechtzeitigen Abbau des Krieges hätten Milliarden für das Volksvermögen gerettet werden können. Dies wollen wir den Kriegsmachern nicht vergessen. Ihr heuchlerisches Gekreise über die angebliche Verschwendung der A.- und S.-Räte ist nichts weiter als ein übles Manöver, ihre eigene schwere Schuld vor dem Volkszorn zu verbergen, damit ihrer Herrschaft nicht für immer ein Ende gemacht werde.

Politische Nachrichten.

Eine Berichtigung. In der heutigen Nummer der „Roten Fahne" wird der Genosse Dr. Curt Rosenfeld als preußischer Justizminister dafür verantwortlich gemacht, daß noch heute 76 Personen, die ausdrücklich als militärische Gefangene bezeichnet sind, im Zuchthaus zu Naugard schmachten. Auch die „Rote Fahne" sollte wissen, daß militärische Gefangene nicht der preußischen Justizverwaltung, sondern den Militärinstanzen unterstehen, mithin auf Veranlassung des Genossen Curt Rosenfeld nicht entlassen werden können.

Da mit Ende dieses Jahres viele von den Krankenkassen mit ihren Aerzten geschlossene Verträge ablaufen, so empfiehlt es sich, einer Anregung des Reichsarbeitsamtes gemäß, daß die Aerzte die Kassenmitglieder zu den alten Bedingungen weiter behandeln, so daß die Vergütungen durch Schiedsspruch um 10 bis 33⅓ v. H. erhöht werden. Falls keine Einigung zustande kommt, so sind die Kassen durch Verordnung der Volksbeauftragten berechtigt, ihren Mitgliedern durch Auszahlung einer Barvergütung direkt die ärztliche Behandlung zu ermöglichen.

An unsere

Postabonnenten

oder solche, die es werden wollen!

Um keine Verzögerung in der Zustellung

„Der Freiheit"

eintreten zu lassen, ersuchen wir unsere Postabonnenten, sofort das Abonnement für das 1. Quartal 1919 zu bestellen.

Der Bezugspreis beträgt pro Quartal exklusive Zustellungsgebühr 6 Mk.; per Streifband bezogen 12 Mk. — Die „Freiheit" ist im 1. Nachtrag 1919 der Postzeitungsliste eingetragen.

Der Verlag.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. [illegible], Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Fried. Kayssler.
3 Uhr: Komödie der Liebe.
7½ Uhr: Wilhelm Tell.
2. Feiertag 3: Komödie der Liebe.
7½ Uhr: Wilhelm Tell.

Opernhaus
1. Feiertag 6½ Uhr: Lohengrin. Rom. Oper in 3 Akten von Rich. Wagner.
2. Feiertag: Tannhäuser. Rom. Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Schauspiele
6 Uhr: Othello, der Mohr von Venedig. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Shakespeare.
2. Feiertag. Flachsmann als Erzieher. Lustspiel in 3 Aufzügen von Otto Ernst.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
Mittwoch:
2½ Uhr: Die deutschen Kleinstädter.
7½ Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Donnerstag:
2½ Uhr: Was ihr wollt.
7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.
Sylvester 7 Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.

Kammerspiele
Mittwoch:
2½ Uhr: Minna von Barnhelm.
7½ Uhr: Der Sohn.
Donnerstag:
2½ Uhr: Weibsteufel.
7½ Uhr: Michael Kramer.
Sylv. 7 U.: D. Deutschen Kleinstädter.

Kleines Schauspielhaus
Fasanenstr. 1. Port. 5
Mittwoch:
2½ Uhr: Die Haubenlerche.
7 Uhr: D. Büchse d. Pandora.
Donnerstag:
2½ Uhr: Die Haubenlerche.
7½ U.: Die Büchse der Pandora.
Sylv. 7 Uhr: D. eingebildete Kranke.

Dir.: C. Meinhard — R. Bernauer
Theater i. d. Königgrätzer Str.
Am 1. Feiertag:
3 Uhr: Die fünf Frankfurter.
8 Uhr: **Musik.**

Komödienhaus.
Schiffbauerd. 25, a. d. M. Wilhelmstr.
An beiden Feiertagen:
3 Uhr: Die Uhre.
8 Uhr: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater.
3 Uhr: Die tolle Komteß.
7½ Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky
3 Uhr: Perleberg — Partie Piquet.
1. und 2. Feiertag:
7½ Uhr: Der Schöpfer.
2. Feiertag, 3 Uhr: Perleberg.
7½ Uhr: Der Schöpfer.
Freitag: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Theater.
3 Uhr: Der Blaufuchs.
7½ Uhr: Nachtbeleuchtung.
2. Feiertag, 3 Uhr: Der Blaufuchs.
7½ Uhr: Nachtbeleuchtung.
Freitag: Nachtbeleuchtung.

Residenz-Theater.
1. und 2. Feiertag, abends 8 Uhr: „Der Lebensschüler".

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391.
1. Feiertag, nachmittags ½4 Uhr: Aschenbrödel.
2. Feiertag, nachmittags ½4 Uhr: Rotkäppchen.

Central-Theater.
7½ U.: Die Rose von Stambul
Donnerstag 7½ Uhr: Die Rose von Stambul.

Friedrich-Wilhelmst.-Theater.
3 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
7½ Uhr: Hannerl.
Das Dreimäderlhaus. II. Teil.
Donn. 3 U.: Der Barbier von Sevilla.

Deutsches Opernhaus.
6½ Uhr: Lohengrin.
Donn. 7 Uhr: Tannhäuser.

Kleines Theater.
3½ Uhr: Jettchen Gebert.
8 Uhr: Freie Knechte.
Donn. 3: Henriette Jacoby.

Komische Oper.
Mittwoch u. Donnerstag 3½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus.
Mittwoch u. Donnerstag 3½ Uhr: Die Amazone.
7½ Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.
Mittwoch u. Donnerstag 3 Uhr: Wiener Blut.
7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
Mittwoch u. Donnerstag 3½ Uhr: Der Soldat der Marie.
7½ Uhr: Die keusche Susanne.
2. Feiert., 3½ Uhr: Das Glücksmädel.

Palast-Theater.
Mittwoch und Donnerstag 3½ Uhr: Der Struwelpeter.
7½ Uhr: D. Mikado m. Claire Dux.
(Am 2. Feiertag ohne Claire Dux.)

Schiller-Theater Charlottenburg.
3 Uhr: Kabale und Liebe.
7½ Uhr: Sappho.
Donn. 3 Uhr: Ein Volksfeind.
7½ Uhr: Das Konzert.

Thalia-Theater.
Mittwoch u. Donnerstag 3 Uhr: Salon der Möbel... [illegible]
7½ Uhr: Polnische Wirtschaft.
Freitag 3½ Uhr: Rotkäppchen.

Theater am Nollendorfplatz.
½ Uhr: Eva.
Donn. 3½ Uhr: Drei alte Schachteln.
7 Uhr: Der Juxbaron.

Theater des Westens.
Mittwoch u. Donnerstag 3½ Uhr: Die Dollarprinzessin.
7½ Uhr: Die lustige Witwe

Wallner-Theater.
Mittw. u. Donn. 3: Der Märchenwald.
7½ Uhr: Graf Habenichts.
Freit. 3 U. Der Märchenwald.

Rose-Theater.
1. Feiert. 3 Uhr: D. Waffenschmied.
Gastsp. d. Friedr.-Wilhelmst. Theat.
7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.
2. Feiert. 3 Uhr: Der Trompeter [illegible]
Gastsp. d. Friedr.-Wilhelmst. Theat.
7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.
3. Feiert. 3 Uhr: Trompeter v. Säkkingen.
Gastsp. d. Friedr.-Wilhelmst. Theat.
7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Walhalla-Theater.
1. u. 2. Feiertag:
3 Uhr: Der Weiberfeind.
7½ Uhr: August der Starke.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr!
An allen Feiertagen 2 Vorstellungen ½4 Uhr das 3aktige Volksstück
Die goldene Brücke
Nachmittag 3½ Uhr zu kl. Preisen Friede auf Erden.

Eintritt frei!
Kunst — Humor
Lieben-Kabarett
= Künstler-Diele =
Taubenstr. 34
Ab 4 Uhr: Orchester von 6—7½ Uhr
— das große Programm —
Ab 7½ Uhr: Tanz.
Echt russ. Tee, Kaffee, Mokka, Schokolade, Fein-Gebäck
[illegible]

Metropol-Cabaret
Behrenstr. 53-54.
Direktion: Alex Brauns
An beiden Weihnachtsfeiertagen:
2 Vorstellungen 2
nachmitt. 4, abends 7 Uhr
in beiden Vorstellungen:
Das vorzügliche Dezemberprogramm
Gyigyi-Konzerte.

Wintergarten
Das grosse Spezialitäten-Programm
Anfang ½8 Uhr.

Cabaret Tivoli
Frankfurter Allee 287
Inh.: Rich. Dahlster
Täglich:
Anfang 5 Uhr Spezialitäten u. Carl Langer, Sprecher d. Volkes
Freiheitlich-revolutionäre Vorträge.

APOLLO Theater
Dir. JAMES KLEIN
Allabendlich 7½ Uhr.
Sonntags 3, und 7½ Uhr
Die Welt geht unter!
Santa Sönstedt | Lucie Slattner
Franz Rusch | Frida Beckmann
Fränze Klerks
NADCHURA'S Elefanten
ROSTON'S Affenmensch
Traneys Blumenkorso
usw.
Sonntags 3½: jed. Erwachsene 1 Kind frei.

Gitarrezithern
mit Unterlegnoten 28.—, große 6-akkordige 38.— (Ladenpreis ca. 50.— bis 60.—). Mandolinen, Gitarren 45.—, erstklassige 85.—, Konzertflöte 125.— bis 145.—, Schülervioline 45.—, Konzertzeige m. Etui 85.—, Künstlervioline 145.—. Unterricht 8.— Monatshonorar. (Dreistündige Schnellkurse.) Ernst, [illegible]

Prachtgrammophone
trichterlose, verkauft preiswert. DREWS, Schliemannstraße 19.

Gehpelz
mit gutem Tuchbezug und gutem Pelzfutter sehr preiswert zu verkaufen.
Gelegenheit!
Blauer Bazar
Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

PAUL CASSIRER VERLAG
Sozialistische Schriften zur Revolution
KARL KAUTSKY
Habsburgs Glück und Ende.
Preis 3 Mark.
Das Buch vom Kampf der Nationalitäten und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Der Bedarf an Eisenbahnarbeitern,
Handwerkern und ungelernten Arbeitern zum Dienst im besetzten östlichen Gebiet ist zunächst gedeckt. Weitere Anmeldungen sind daher nicht nötig.
Linienkommandantur X, Stettin.

Neu erschien in 5. Auflage:
Hygiene der Ehe
Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.
Aus d. Inhalt: Ueber die Frauen-Organe. Körperliche Ehetauglichkeit u. Untauglichkeit. Gebär- u. Stillfähigkeit. Frauen, die nicht heiraten sollten etc. — Enthaltsamkeit u. Ausschweifungen vor der Ehe. Eheliche Pflichten. Keuschheit od. Polygamie? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung u. Ansteckungsschutz. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weiblichen Gefühlskälte. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heiraten für die Frau. — Neurasthenie und Ehe. Hysterische Anfälle. Hygiene des Nervensystems bei Mann und Frau etc.
Bezug gegen Einsendung v. M. 2.— oder Nachnahme durch Medizin. Verlag Schweizer & Co., Abt. 343, Berlin NW 87, Eyke v. Repkowplatz 5.

KAMMER LICHTSPIELE
Das Fräulein von der Kavallerie
mit Erika Glässner
Regie: Danny Kaden.

UFA
UT — UT
Alexanderplatz — Moritzplatz
Söhne des Volkes
der sozialistische Monumentalfilm von Sophus Michaelis und Ole Olsen mit Gunnar Tolnaes und Lili Jakobsen.
Weinbergsweg Schönberg — Hasenheide Kurfürstendamm
Henny Porten
im Schauspiel: „Die blaue Laterne"
Regie: Rudolf Biebrach

MOZART SAAL
Der Trompeter von Säkkingen
von Joseph Viktor von Scheffel
4 Akte. — Bearbeitet von Franz Porten
Musik von Professor Ferdinand Hummel
Hauptrolle: Paul Hartmann

2. Feiertag
vormittags 10 Uhr
Veranstaltung des 4. Kreises
mit folgendem Programm:

1. Teil.
Festrede: . . . . Gen. Hugo Haase
Rezitation: . . . . Eduard v. Winterstein
Männerchöre: . . . . Männerchor Namenlos

2. Teil.
Quartettgesänge . . . . . . (6 Sologesänge)
Emil Kühne: . . . . Heitere Rezitationen
Nora von Göt (Sopran) . . . . Lieder Fr. Schmelzer
Xylophon, Virtuose.

Billets à 75 Pfg. einschließlich Garderobe sind noch zu haben bei Hoffmann, Gubener Straße 5 und bei Gemierbaum im Festlokal „Concordia" Andreasstraße 64.

Freireligiöse Gemeinde
Am 1. Feiertag, 10½ Uhr, in der Klosterkirche, Klosterstr. 73 a
Erster Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille:
„Friede auf Erden"
Gesang des Kinderchors.
Auf der Orgel: „Largo" von Händel.
Am 29. Dezbr. Herr E. Eichhorn: „Christliche Utopisten"
„ 1. Januar „ Dr. H. Hasse: „Festvortrag".
Geschäftsstelle Pappel-Allee 15-17.

Sozialistische Wirtschaftskonferenz
zur Frage der
Vergesellschaftung
veranstaltet vom Bund Neues Vaterland vom 27. bis 29. Dezember in der Technischen Hochschule, Charlottenburg.
Anmeldungen zur Teilnahme — als Referent, Diskussionsredner oder Zuhörer — an die Geschäftsstelle Berlin W 57, Bülowstr. 104. Tel. Kurfürst 6260.

Der moderne Metallarbeiter.
Ratgeber für Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer. 4. Aufl. 330 Seiten, geb. mit 150 Abb. 15. Von Otto Schwenn. Dieses Werk soll jedem Metallarbeiter in den Stand, schnell und sicher die vorkommenden Berechnungen der Räder an Drehbänken zu Gewindeschneiden vorzunehmen zu können. Es enthält ferner Geschwindigkeiten, Stahl u. seine Verwendung, Berechnung der Zahnräder, um schnell zu berechnen. Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen von Bohrmaßen, Kurven u. Spiralen, Rechnung d. Werkzeugmaschinen u. s. w. ... Gegen Einsendung von 5.25 oder Nachnahme M. 5.60. Ed. Herrmann, Abt. 9, Berlin, Frankfurter Str. 58. Geöffnet werktags 9—6 Uhr. (Postkonto 7...)

Günstigste!!! Gelegenheitskäufe
in eleganten
Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern,
wirklich noch sehr billige Preise
Besichtigung lohnt.
30 Möbelhaus Osten 30 zur Andreasstraße
Friedenspiano 1450.—,
hocheleganter schwarzes Nußbaumpiano 1950.—, schwarz eichenes (Prachtstück) 3500.—, eleganter Konzertflügel 2900.—, schwarzer Stutzflügel 1500.—, Klavier 475.— verk. Ernst, Oranienstr. 166, III.

Sportpelze
Gelegenheiten!
von 400 M. an
Blauer Bazar
Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz.

Zur Werbearbeit für die Nationalversammlung,
Bürohilfskräfte aller Art, sowie Botinnen und Zettelverteilerinnen
vermittelt kostenlos Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstr. 9. Kaufmännische Abteilung. (8—3.) Norden 3795.

Zimmer,
möbliertes, sucht Parteigenosse nach Rückkehr aus dem Felde zum 1. Januar. Nähe Tilsiter Straße — Zorndorfer Straße — Weidenweg. Hilger, Zorndorfer Straße 13.

Kriegsanleihen werden in Zahlung genommen!
Preise für Pelz- und Plüschmäntel!!!

Echt Maulwurf, lang . . .	3290, 4500	Prima Plüschmäntel	375, 510
Prima Seal Electric . . .	1800, 2200	Mohair-Astrachan	240, 325
Brauner Pelzmantel, lang . .	1150, 1400	Schiff-Astrachan mit Pelz . .	580, 725

Ohne Bezugsschein:
Ulster aus weichen Plüschstoffen **93, 114, 145**
Pelzgefütterte Mäntel 200, 350, 470. Impr. Seidenmäntel 166, 226, 255.
Tanz- und Gesellschaftskleider!!
Seide, Perlöl, Crêpe de Chine 225—750.
Sportjacken, hellblau, rot, mode, 41.—. Wettermäntel, impr. 59, 87.

Röcke aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratsschein
Serie III 28^{00}, Serie IV 35^{40}, Serie V 43^{20}, Serie VII Tuchröcke 62^{95}.

Westmann
1. Geschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a. — 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Straße 115.
1. und 2. Feiertag geschlossen.

Hochaktuell! Soeben erschienen und für jeden Kaufmann, Lebensmittelhändler usw. wichtig.
Einführung in das
Wucherrecht
der Kriegs- und Uebergangszeit
für Handel und Industrie nebst einer Anleitung für
das allgemeine Verhalten vor den Strafbehörden
von Rechtsanwalt Dr. jur. Fritz Juliusberger in Berlin.
Aus dem Inhalt: Ueber Strafverfahren. Verhalten der Behörde gegenüber Durchsuchung. Beschlagnahme. Vorläufige Festnahme. Verhaftung. Vernehmung des Beschuldigten. Wahl des Verteidigers. Strafe. Beendigung usw. — Wucher und Kriegswucher. Vorsatz und Fahrlässigkeit. Irrtum. Täterschaft. Einziehung von Vorräten. — Höchstpreise und ihre Ueberschreitung. Verheimlichung. Beiseiteschaffung. Verkaufsverweigerung usw. — Preistreiberei und Preissteigerung. Vermittelungsgeschäfte. Zurückhaltung von Waren usw. — Kettenhandel. — Schleichhandel. Strafen usw. Wortlaut der einschlägigen Gesetze betr. Höchstpreise, Enteignung, Schleichhandel, Preistreiberei, Nahrungs- und Genußmittel, Zeitungsanzeigen usw. Dr. Juliusbergers Buch unterscheidet sich von anderen dadurch, daß es nicht für Juristen, sondern für Jedermann gutverständlich geschrieben ist. Da heute jeder der Gefahr ausgesetzt ist, schon aus Unkenntnis gegen derartige gesetzliche Bestimmungen zu verstoßen und zu Bestrafung zu erleiden, ist baldige Anschaffung allseitig zu empfehlen. Das Buch wird auch dazu dienen, der in den Kreisen von Handel und Industrie herrschenden Rechtsunsicherheit zu begegnen und durch Aufklärung Bestrafungen herabzumindern. Preis M. 3.50. Gegen Einsendung oder Nachnahme durch Verlag Schweizer & Co., Abt. 343, Berlin NW 87, Repkowpl. 5.

4000 Stück
Herren-Anker-Uhren
mit Leuchtblatt, Radiumpunkten u. Zeigern mit Sekunde
Genauer Gang — **Stückpreis 7.50 M.** — 1 Jahr Garantie
Während des ganzen Krieges millionenfach bestens bewährt
Reiche Auswahl in Herren- Armband- und Damen-Uhren.
Deutschlands Uhren-Manufaktur
Leo Frank, Berlin C 19, Seydelstraße 4.
Auf Eingang achten, da Verwechslungen möglich!
Sonntag vor Weihnachten geöffnet.

Zähne 2 Mark! 4.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähriger schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 20 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis **Hatvani**
Danziger Strasse 1
Ecke Schönhauser Allee. Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 3—7, Sonntags und Feiertags 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Ziehung am 30. Dezember 1918
Große Weihnachts-Jubiläums-Lotterie
8667 Gewinne im Gesamtw. von Mark
Hauptgew. M. Mark
100000
50000
Bargeld 90 pCt. für alle Gewinne garantiert.
Lose zum amtlichen Preis 3 Mark. Porto und Liste 45 Pf. extra.
Eine Glücksserie von 10 sortierten Losen einschl. Porto und Liste für 30 M.
Berliner Losezentrale, Berlin C 2, Mühlendamm 3

Preußen und die Rheinlande.

Von Rudolf Breitscheid.

Auf dem Heumarkt zu Köln steht ein Reiterdenkmal Friedrich Wilhelms III. von Preußen. Nach der Inschrift, die es am Sockel trägt, ist es von den „dankbaren Rheinlanden“ gewidmet und es soll ein Erinnerungszeichen der im Jahre 1815 erfolgten Angliederung der Rheinprovinz an Preußen sein.

Nicht nur Papier, sondern auch Marmor ist geduldig. In Wirklichkeit ist es mit der Dankbarkeit der Rheinlande gegenüber Friedrich Wilhelm III. nie besonders weit her gewesen.

Vor hundert Jahren waren sie sehr weit davon entfernt, sich für das Preußischwerden zu begeistern. In einem Brief, den der bekannte rheinische Kunsthistoriker Sulpiz Boisserée im Juni 1814 an seinen Bruder Melcher schrieb, heißt es: „Die Stimmung über Staats- und Weltangelegenheiten ist hier am Rhein in Stadt und Land so stark gegen Preußen, daß ich hier für gut preußisch gelte. Man hört nur zu oft das frevelhafte Wort: „Noch lieber französisch als preußisch“.“

Und bekannt ist der Stoßseufzer, den ein Kölner Finanzmann ausstieß, als er ein Jahr später die Nachricht von dem Uebergang an Preußen erhielt: „Da heiraten wir in eine arme Familie!“

Diese Stimmung hat sehr lange vorgehalten. Mancherlei kam zusammen, um die Abneigung gegen Preußen zu stützen. Der temperamentvolle Rheinländer, der unter dem Krummstab ein heiteres Leben geführt hatte, gewöhnte sich nicht an den schwerblütigeren Ostelbier. Er lernte den Preußen außerdem zunächst nur als Soldaten und Beamten kennen, und der barsche Befehlston, der ihm von diesen beiden Repräsentanten der neuen Herrschaft entgegengebracht wurde, konnte seine Sympathien für preußisches Wesen nicht erhöhen.

Endlich spielte der Gegensatz zwischen dem festgefügten Katholizismus und dem nüchternen Protestantismus eine Rolle, und das mangelnde Verständnis für rheinische Eigenart in Berlin ließ ebenfalls ein innigeres Verhältnis nicht aufkommen. Kurzum, die Rheinprovinz blieb lange Jahrzehnte hindurch so etwas wie ein Fremdkörper in der preußischen Monarchie. Mehr und mehr fanden sich ihre Bewohner mit ihrem Schicksal ab, aber von einem eigentlichen Aufgehen in Preußen ist niemals die Rede gewesen.

Die Gründung des Deutschen Reiches schuf insofern etwas günstigere Bedingungen, als nun allgemein das preußische Staatsgefühl gegenüber dem deutschen in den Hintergrund treten konnte und man am Rhein nun in einer festeren Gemeinschaft mit Stämmen lebte, die dem Rheinländer wesentlich verwandter waren als die Mischrasse östlich der Elbe.

Zunächst freilich gab es noch einmal einen Rückfall in die alte Kampfstellung, als Bismarck seinen Vorstoß gegen die politisierende katholische Kirche unternahm. Aber der Sieg des Katholizismus und die wachsende Macht der Zentrumspartei trugen dazu bei, die Rheinländer mit ihrer Zugehörigkeit zu Preußen einigermaßen auszusöhnen. Noch mehr vielleicht die wirtschaftliche Blüte, die dem deutsch-französischen Kriege folgte. Man hatte seinen großen Anteil an den ökonomischen Vorteilen, die das Deutsche Reich gewährte, und darüber ließ man es sich gefallen, dem Deutschen Reiche als Preuße anzugehören.

Aber der Funke der Preußenfeindschaft glühte unter der Asche, und als über Deutschland das Unglück der Niederlage hereinbrach, regte sich am Rhein sofort wieder die alte Abneigung und der Wunsch nach Loslösung.

Diese Bestrebungen werden in allererster Linie von den rheinischen Klerikalen getragen, und in die Oeffentlichkeit sind sie in jener Kölner Zentrumsversammlung vom 4. Dezember getreten, in der nach Reden von Trimborn und Marx die Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik gefordert wurde.

Die Herren Trimborn und Marx haben später erklärt, daß sie nicht die Urheber der von der Versammlung angenommenen Resolution gewesen seien, sondern daß die Kölner Bürger sie überrumpelt hätten. Wie dem auch sei: maßgebende und einflußreiche Klerikale, geführt von der klerikal-alldeutschen „Kölner Volkszeitung“ treten offen für die Loslösung der Rheinprovinz von Preußen ein.

Gerechtfertigt wird dieses Vorgehen mit dem Hinweis auf die Politik des preußischen Kultusministeriums und mit der Versicherung, nur so sei die Annexion der Rheinprovinz durch Frankreich zu verhüten. Der eine Grund ist so fadenscheinig wie der andere, und es ist sehr bedauerlich, daß der Kölner Mitarbeiter des „Vorwärts“ durch ein weitgehendes Entgegenkommen an die Darstellung der rheinischen Zentrumsblätter die Situation verwirren hilft.

Es muß festgestellt werden, daß Vorbesprechungen über den Plan einer rheinischen Republik stattgefunden haben, bevor Adolf Hoffmann seine Bekanntmachungen über Trennung von Staat und Kirche und über den Religionsunterricht in den Schulen veröffentlichte.

Die heimlichen Verschwörer haben die Erlasse des Kultusministeriums aufgegriffen, um auf sie gestützt nachträglich ihre Verteidigung zu führen.

Den Klerikalen würde die sozialistische Republik auch dann nicht gefallen, wenn ein anderer an Adolf Hoffmanns Stelle säße. Sie sind überzeugt, auf dem Wege über ein selbständiges rheinisches Staatswesen besser auf ihre Kosten zu kommen.

Mit der Vorkehrung der französischen Annexionsgelüste steht es ähnlich. Man raunt sich gegenseitig zu, die Absicht Frankreichs, das Rheinland zu behalten, stehe fest und England habe bereits seine Zustimmung erteilt. Besonders unterrichtete Leute nennen als Quelle ihrer Wissenschaft einen in den letzten Tagen wieder viel genannten deutschen General.

Das alles sind leere Gerüchte und selbst wenn sie einen wahrheitlichen Hintergrund besäßen, so liegt es auf der Hand, daß die Pläne des französischen Imperialismus durch nichts besser gefördert werden könnten als durch die Schaffung einer selbständigen Republik, die naturgemäß nur eine Station auf dem Wege zum Uebergang der Rheinprovinz an Frankreich sein würde.

Daß es im deutschen Westen Leute gibt, die eine solche Angliederung an Frankreich nicht ganz ungern sehen würden, ist zweifellos. Es sind nicht nur solche, die die Religionsfeindschaft der sozialistischen Republik fürchten. Sie finden ihre Unterstützung in den Kreisen, die ihre kapitalistischen Interessen in der Bourgeoisierepublik des Westens besser vertreten glauben, und sicher würde ein Staatsanwalt, der sich streng an die Landesverratsparagraphen des Strafgesetzbuches hielte, am Rhein mancherlei Gelegenheit zum Einschreiten finden.

Die neue Regierung lehnt es auch in diesem Falle ab, sich der Mittel des Strafrechts zu bedienen. Sie übt gegen die Losreißungsfreunde dieselbe Toleranz, die ihr diese zum Vorwurf machen, sobald die Rede auf den Spartakusbund kommt. In revolutionären Epochen kann man nicht mit den Gesetzen aus der vorrevolutionären Periode auskommen. Da ist es vielmehr Pflicht der Regierung, in erster Linie die Bewegungen und Strömungen, die an die Oberfläche kommen, zu studieren, auf ihren wahren Grund zurückzuführen und Reformen vorzubereiten.

Was die Rheinlande angeht, müssen wir bei aller Abneigung gegen das klerikal-imperialistische Treiben die Tatsache der alteingewurzelten Abneigung des Westens gegen den Osten im Auge behalten, und so wenig wir den gegenwärtigen Losreißungstendenzen Sympathien entgegenbringen können, haben wir doch darüber nachzudenken, inwieweit in der staatsrechtlich neugeordneten deutschen Republik den Stimmungen und den wirklichen Bedürfnissen der westlichen Provinz Preußens Rechnung getragen werden kann.

Mit dem Zusammenbruch der Dynastien ist für eine Neugruppierung und neue Abgrenzung der deutschen Bundesstaaten die Bahn frei geworden, und das bedeutet nicht nur, daß wir über die Existenzberechtigung von Lippe-Detmold und Waldeck diskutieren dürfen, sondern wir haben auch in eine Erörterung darüber einzutreten, ob eine Erhaltung Preußens in seinem gegenwärtigen Bestand aus politischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig und wünschenswert ist.

Die Sozialisierung.

Von Professor Lederer-Heidelberg.

Nach der marxistischen Lehre vollzieht sich die Sozialisierung mit der Gewalt und Folgerichtigkeit eines Naturprozesses. Die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus zeigt ein doppeltes Gesicht: sie zertrümmert alle Schranken einer veralteten Rechtsordnung, sie zertrümmert technisch überholte Betriebsformen, vernichtet veraltete ökonomische Existenzen. Verwandelt sie so auf der einen Seite die soziale Ordnung und die wirtschaftlichen Formen der „guten alten Zeit“ in einen Trümmerhaufen, so doch nur, um auf diesem sofort das neue, weitaus straffere Regiment des kapitalistischen Prozesses zu schaffen. Im Kapitalismus entfalten sich alle Produktivkräfte, welche vorher gebunden waren; eine Fabrik erzeugt mehr Garn als die Handspinner des ganzen Landes, eine Weberei legt ganze Bezirke von Handwebern lahm. Nicht nur Menge, auch Art der Erzeugung wird eine andere, die Intensität der Arbeit wächst, letztlich nimmt auch der Typus des Arbeiters eine andere Form an. Diese Umwandlung beschränkt sich also nicht auf den maschinellen Apparat, und auf den Menschen, der an ihm arbeitet — sie ergreift die ganze Gesellschaft, insbesondere auch den Unternehmer. So wird ein gesellschaftlicher Rahmen geschaffen, in welchem die produktiven Möglichkeiten vorhanden sind, die Bevölkerung der Welt zu versorgen, und damit die Vorbedingungen für eine kulturelle Entwicklung der Massen zu bieten.

Aber diese, nach einigen Kinderkrankheiten rasch fortschreitende Entfaltung der Produktivkräfte und der Produktivität, diese Ueberschüttung der Welt mit Produktionsmassen, die damit ermöglichte reichlichere und freiere Lebenshaltung auch der großen Massen der Bevölkerung stößt an die Schranken der kapitalistischen Produktion; zuerst erschüttern Krisen den Wirtschaftskörper, lähmen seine Energie, verurteilen Arbeitswillige zum Feiern; die Waren stauen sich unverkäuflich in den Magazinen, die Aufträge stocken; in den Fabriken stehen die Arbeitsplätze leer, und die Massen der Beschäftigungslosen sehen sich auf karge Unterstützungen angewiesen; so kennzeichnet den Kapitalismus Mangel an Organisation; aber bald wird dieser Zustand überwunden: die Kapitalisten erkennen die Gefahr der Krisen; diese bringen ihnen Verluste, zehren ihre Reserven auf, erschüttern ihren Kredit, schmälern also ihre Kapitalkraft und damit die Möglichkeit, gute Konjunkturen auszunutzen. So bahnt sich eine Organisation der Unternehmer an, die Erzeugung geschieht nach einem Plan, die Beschäftigung und damit die Löhne werden stetiger. So sind die Kartelle auch von Vorteil für die Arbeiter; aber als Organe der Unternehmer, in erster Linie geschaffen zur Hebung des Profits, schränken sie bald die Erzeugung ein; denn sie verkaufen kleine Mengen zu hohen Preisen mit größerem Nutzen als große Mengen zu niedrigen Preisen.

Litt also vorher der Kapitalismus an Unterorganisation, so ist er jetzt, volkswirtschaftlich betrachtet, überorganisiert, und das Problem der dauernden Arbeitslosigkeit von Pauper-Massen ist die Kehrseite eines Zustandes größerer Gleichmäßigkeit des Beschäftigungsgrades und — vielleicht — höherer Löhne für bevorzugte Arbeiterschichten. Unter- oder Ueberorganisation wird so stets das Schicksal einer Produktionsordnung sein, welche nicht vom Bedarf der Massen, sondern vom Profitinteresse der Unternehmungen aus sich aufbaut.

Die inneren Widersprüche (wenn die freie Konkurrenz herrscht) oder die im System gelegenen Schranken (wenn sich die Wirtschaft kapitalistisch organisiert) hemmen die Entfaltung der Produktionskräfte; und es ist die leitende Idee der sozialistischen Lehre in allen ihren Erscheinungsformen: wenn wir die Produktionsmittel in eine Ordnung einfügen, welche sich auf dem Produktions- und Konsuminteresse der Massen aufbaut, wenn wir das Lohnsystem zerbrechen, so können wir auf der im Kapitalismus erreichten technischen Höhe des Produktionsprozesses eine demokratische Verfassung von Produktion und Konsum schaffen, welche erst die Vorbedingung für eine kulturelle Entwicklungsmöglichkeit der Arbeiter zu bieten vermag.

Es muß offen ausgesprochen werden, daß man heute in den weitesten Kreisen von dieser grundlegenden Idee recht wenig spürt. Der Arbeiter denkt heute noch überwiegend in den Begriffen des kapitalistischen Systems: er verlangt also: Lohnerhöhung. Der Unternehmer desgleichen: er verweist darauf, daß er bei derartigen Löhnen nicht existieren kann. Der Arbeiter rechnet dem Unternehmer seine Kriegsgewinne nach, der Unternehmer berechnet, wieviel Profit er pro Arbeiter erzielt und daher bestenfalls konzedieren kann. So wird die Revolution, wie es der Volksbeauftragte Barth neulich ausdrückte, in Lohnbewegungen aufgelöst; selbst dort, wo man weiter geht, z. B. in der schweren und in der Rüstungsindustrie, ist Verstaatlichung das letzte Wort. Verstaatlichung wieder aus dem Gesichtspunkt, um den Profit der Allgemeinheit zuzuführen, jedoch ohne das Wirtschaftsprinzip des Kapitalismus anzutasten.

Jeder, der nicht ein verbohrter Schulmeister ist, muß dieses Verhalten der Massen und der Unternehmer begreifen; aber jeder muß auch zugeben: solche Strömungen führen nicht auf den Weg zum Sozialismus.

Die Erklärung liegt in der gegenwärtigen Lage; sie ist wirtschaftlich augenblicklich nicht günstig für den Sozialismus. Wenn es die Aufgabe des Kapitalismus war, die enge Dürftigkeit zünftlerischer Produktion zu überwinden, wenn diese Aufgabe vor dem Kriege bereits größtenteils geleistet war, so steht sie heute neu vor uns. Wir sind wieder arm, wie je zuvor in grauen Vorzeiten, und wir müssen aufbauen. Nur in einer Hinsicht sind wir im Vorteil: wir haben die großen Organisationsformen bereits entwickelt und beginnen auf einem hohen technischen Niveau. Aber wir werden auf jeden Fall als Aufgabe vor uns sehen, wie immer wir erzeugen: wenig zu verbrauchen, um viel zu sparen, um alle Zerstörungen wieder auszugleichen. Auch eine sozialistische Produktion hat diese Aufgabe, ja in höherem Maße als die kapitalistische Volkswirtschaft. Denn sie muß die Produktionsmittel wieder schaffen oder retablieren, um die ganze Gesellschaft menschenwürdig zu versorgen. Sie hat ihre Aufgabe erst gelöst, wenn alle Menschen Arbeit und Brot finden, während sich der Kapitalismus mit Scheinlösungen zufrieden gibt und selbst die größte Arbeitslosigkeit mit dem irreführenden Hinweis darauf erledigt, daß jeder „Fleißige“ seine Existenz erwerben kann.

Trotzdem bedeutet es, Steine statt Brot zu geben, wenn man bloß auf die Schwierigkeiten der Lage hindeuten und jeden energischen Eingriff, jede wesentlichere Veränderung ablehnen würde. Der Arbeiter müßte am Erfolg der Revolution verzweifeln, wenn er sähe, sie beschränkte sich bloß auf die politischen Lebensformen — von so entscheidender Wichtigkeit diese auch sein mögen. Er wird enttäuscht sein, wenn man ihn auf die großen Schwierigkeiten aller grundstürzenden Aenderungen hinweist, wenn man betont, daß unbedingt die Produktion, und für diese wieder der Unternehmer bei guter Laune erhalten werden müsse, wenn man erkennen läßt, daß es zwar möglich war, die Macht des politischen und militärischen Systems an einem Tage zu brechen, daß aber der Kapitalismus als wirtschaftliches System zunächst unverändert weiter bestehen müsse. Daher auch der brennende Wunsch, rasch einzugreifen, zu „beschlagnahmen“, die Betriebe zu „erobern“.

Aber wie geschieht das, oder wie soll es geschehen nach dem Wunsch der Ungeduldigsten? Bisher sieht man nichts, als die Erhebung von Lohnforderungen. So stellt sich die Arbeiterschaft selbst wieder auf den Boden des Kapitalismus: wenn die Löhne steigen, müssen die Preise der Waren erhöht werden, was weitere Lohnerhöhungen notwendig macht; die Arbeiter setzen damit die volkswirtschaftlich irrsinnige Politik der Kriegswirtschaft fort, welche darin bestand, daß alle Schichten am Kriege profitieren wollten, was auch der Fall war — bis der ganze Karren im Morast stecken blieb.

Also soll nichts geschehen? Soll alles beim alten bleiben? Soll die Revolution auf das politische Gebiet beschränkt bleiben? Mit nichten. Aber was geschehen kann und soll, ist so mannigfaltig und vielgültig, daß es in wenigen Wochen nicht geschehen kann. Z. B., was soll man sich unter der Forderung vorstellen: bestimmte Betriebe etwa der Rüstungsindustrie, seien „sofort zu beschlagnahmen“? Ich kann Rohstoffe beschlagnahmen, ich kann Lebensmittel beschlagnahmen; ich kann einem Hamster seine Butter wegnahmen und sie den Kranken eines Spitals auf's Brot zum Frühstück streichen — das ist verhältnismäßig einfach; einen Betrieb „beschlagnahmen“ — geht das überhaupt? Ich kann doch nicht den Unternehmer von seinem Schreibtisch wegjagen und einen beliebigen Arbeiter oder Angestellten auf seinen Stuhl setzen — er wird sich nicht einmal in der Aktenregistratur auskennen. Was will man also tun? Alle Leute mit vorgehaltenem Revolver zwingen, wenn sie nicht Order parieren? Die Sklaverei wieder einführen? — Man sieht, all das führt zu abjurden Konsequenzen. Die Sozialisierung muß sich den Bedingungen der einzelnen Industriezweige, ihrer inneren Organisation, ihrem Arbeiterstock, den Produktionsfragen und Absatzkreis anpassen und ist deshalb eine schwierige technische, organisatorische und wirtschaftliche Aufgabe. Kann also gar nichts geschehen? Das wäre nieder-

Arbeits-Markt

In Berlin sind außerordentlich wenig Stellen für Arbeitslose frei, dagegen werden in der Nähe von Berlin gebraucht

400 **Abraumarbeiter und Häuer im Tageban von sofort für die Niebeckschen Montanwerke und die Grube „Gute Hoffnung“ bei Roßbach im Halleschen Bezirk.**

1500 **Arbeiter für Tageban von sofort für das Rauscher-Werk bei Petershain und die Grube „Erika“ der „Ilse“-Bergbau Aktien-Gesellschaft (Nieder-Lausitz).**

Näh. Auskunft erteilen d. Arbeitsnachweise.

schmetternd. Es müssen Machtpositionen geschaffen werden, wenn der Gedanke der sozialen Revolution, die erst begonnen hat, nicht verschüttet werden soll. Weder Lohnerhöhungen noch Dekrete einer Regierung wären solche Machtpositionen. Hingegen mußte Ernst gemacht werden mit dem Gedanken der Demokratie in den Betrieben. Arbeiter und Angestellte haben das größte Interesse daran, die Struktur des Betriebes so zu verändern, daß die Gesamtheit der Beschäftigten am Wiederaufbau der Unternehmungen beteiligt wird; denn auch um ihr Wohl und Wehe handelt es sich dabei. Diese Beteiligung bringt nicht bloß neue Rechte, sondern in viel höherem Maße neue Arbeit, und neue Pflichten. Das liegt im Wesen der Demokratie, um so mehr in dem einer sozialen Demokratie; sie bedeutet kein Schlaraffenland; woher sollten denn jetzt die gebratenen Tauben kommen? Aus einer leeren Flasche kann (wie es Eisner neulich ausdrückte) selbst der Unentwegteste nicht trinken. Aber was heute schon möglich ist: die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betriebe; damit ist **prinzipiell** ausgesprochen: der Betrieb ist die Interessensphäre all derer, die in ihm arbeiten. Demokratie im Betrieb zieht alles andere nach sich: sie ist zugleich Vorbedingung jeder Sozialisierung; denn so mannigfaltig die Formen der Sozialisierung sein mögen — und davon soll in einem nächsten Artikel die Rede sein —, sie sind samt und sonders nur möglich, wenn die Arbeiter und Angestellten mitwirken, also auch **fähig** sind, mitzuwirken; die nächste Zeit gehört dazu, diese Vorbedingung zu schaffen; es ist eine schwere Arbeit. Die erste Etappe, die zurückgelegt werden muß: nicht in erster Linie hoher Lohn und kurze Arbeitszeit, sondern Einfluß im Betrieb! Daher: neben der politischen Macht die Demokratie in den Betrieben!

Groß-Berlin.

Feiertage.

Nun sind sie wieder da, die Feiertage. Feiertage, die keinen wesentlichen Inhalt haben. Wohl können Hunderttausende, Millionen diesmal Weihnachten feiern in Anwesenheit des Vaters, der heil und ganz aus dem Hexenkessel herausgekommen ist, und der nun zum ersten Male nach langem Hangen und Bangen wieder daheim ist. Und trotzdem will auch die wahre Freude nicht aufkommen. Das graue Gespenst der Arbeitslosigkeit lugt zur Tür herein. Und wenn auch Reich und Staat der dringendsten Not zu steuern suchen, so nimmt doch die Sorge um die Zukunft jede Festesfreude. Und für die andern wegen Arbeitsmangel Entlassenen gilt dasselbe. Für alle diese Leute verwandeln sich die Feiertage in Feierwochen.

Auf den Straßen Berlins werfen die kommenden Feiertage ihre Schatten voraus. Noch nie wurde der Straßenhandel so stark betrieben, wie in diesem Jahre. Trotz Mangel an Verkaufsobjekten wurde alles Mögliche feilgeboten. Händler im grauen Rock redeten dem Publikum zum Kaufe ihrer Ersatzartikel zu, daß es nur so eine Art hatte. Die Schutzmänner begnügten sich diesmal in der Rolle der stillen Zuschauer. An allen Ecken und Enden der Stadt, auf Straßen und Plätzen schlugen die Händler, ohne lange zu fragen, ihren Handelsplatz auf. Am schlimmsten ging es in der Weinmeisterstraße her, wo zahlreiche Händler und Schieber ihre vielfach gestohlenen Waren an den Mann oder an die Frau zu bringen suchten. Zu Zeiten waren diese Straßen, in die die Händler nach ihrer Vertreibung aus der Alten Schönhauser Straße geflüchtet sind, so stark begangen, daß selbst die Straßenbahnen Mühe hatten, durchzukommen. Das Hasten und Jagen in der Stadt war in diesen Tagen so stark wie nie zuvor. Die Feiertage werden so auch hier mehr Ruhe bringen.

Eine gewisse innere Ruhe bringen die Feiertage, weil wir nach 4½ jähriger Kriegsdauer zum ersten Male das Bewußtsein haben, daß die entsetzliche Menschenschlächterei ein Ende hat. Wenn auch noch kein Frieden eingekehrt ist, so sind wir doch auf dem Wege dahin. Gewiß werden die Feiertage besonders schwer da empfunden, wo das eine oder das andere Familienmitglied fehlt, fehlt als Opfer der Kriegsfurie. Die zum Teil schon vernarbten Wunden werden erneut aufgerissen durch den Gedanken, warum mußte ihn gerade die feindliche Kugel treffen, konnte nicht auch er zu Hause sein, wie sein Freund und Kamerad. Aber der Platz bleibt auch heute leer. In Gedanken versenkt sich die Gattin an die Weihnachten, wo er zu Hause war und mit den Kindern sich freute, wenn er ihnen eine Kleinigkeit schenken konnte. Und die Mutter wird den Gedanken an den hoffnungsvollen Sohn nicht los, der ihr entrissen. Sagt sie auch nichts, so empfindet sie den Verlust doppelt, still in sich gekehrt.

Und doch ist es nicht zum Verzagen. Wohl hat man uns ein furchtbares Erbe hinterlassen. Es ist außerordentlich schwer, den Nachlaß zu ordnen. Aber ein Gefühl der Genugtuung muß in uns aufsteigen, zu wissen, daß das Proletariat die alten Machthaber gestürzt hat, daß die Träger der Gewalt vor der Rache der ins Unglück gestürzten Völker die Flucht ergriffen haben. Mehr noch: nicht nur das Gefühl der Genugtuung ist es, daß uns wieder aufatmen läßt, sondern die sichere Zuversicht, daß das Proletariat drauf und dran ist, seinen Erfolg zu sichern und der endgültigen Erlösung der Menschheit aus allen Fesseln zuzustreben. Dieses Ziel kennt keine Unterdrückung, kennt keine Kriege, sondern schafft Menschenglück und Weltenfriede. Dann, erst dann werden wir wirkliche Feiertage begehen. Bis dahin sollen wir arbeiten, arbeiten ohne Unterlaß und uns keine Feiertage gönnen.

Von der Reichswochenhilfe.

Bezahlung von Kriegswochenhilfe aus Reichsmitteln fiel bisher weg, sobald der Vater des Kindes aus dem Heeresdienst entlassen war und seine Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen konnte. Eine neue Verordnung des Rates der Volksbeauftragten billigt jetzt Wochenhilfe auch für Geburtsfälle zu, die **binnen sechs Wochen nach der Entlassung des Vaters aus dem Heeresdienste** eintreten. Die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit steht der Weitergewährung dieser Wochenhilfe bis zum Ablauf der normalen Bezugszeit nicht entgegen. Gleichzeitig wird Stillgeld allgemein von 50 auf 75 Pfennig täglich heraufgesetzt.

Spielhöllen in Berlin W.

Die Spielleidenschaft hat in Berlin in letzter Zeit wieder erheblich zugenommen. Zu den alten Spielklubs sind neue Gründungen getreten, die unter dem Deckmantel harmloser Geselligkeit in Wirklichkeit Brutstätten des Glückspiels sind. Die meisten dieser Klubs „ruhen" [illegible]. [illegible] ist größtenteils in einer eleganten Privatwohnung in der Nähe des Kurfürstendammes aufgeschlagen, wo sich je nach der Größe der Vereinigung 80 bis 100 Personen zusammenfinden. Eine Spezialität dieser Klubs ist die gute und verhältnismäßig billige Küche. Um so höher sind nach dem erstklassigen Abendessen die Umsätze am Roulette und Baccarat. So hat in einem Klub nahe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ein Graf D. jüngst in einer Nacht 150 000 Mark verloren. — Welchen Umfang die Neugründungen angenommen haben, erhellt daraus, daß ein hiesiges Spezialhaus für Spielartikel an einen Klub für 2000 Mark Chips lieferte. Die Nachfrage nach Chips ist so groß, daß in einigen Wochen der ganze Vorrat geräumt sein dürfte.

Geschäftsgewinne.

Der Geschäftsgewinn der Firma Siemens und Halske im abgelaufenen Geschäftsjahre beläuft sich einschließlich Vortrag auf 17¾ Millionen Mark. Aus dem nach Verrechnung der Handlungsunkosten, der Anleihezinsen und Abschreibung auf Gebäude ein Reingewinn von 13 954 781 Mark (im Vorjahre 12 875 262 Mark) verbleibt, Es wird vorgeschlagen, daß daraus wiederum eine Dividende von 12 Prozent mit 7 560 000 Mark auszuschütten, 3 000 000 Mark als **einmalige** Wirtschaftsbeihilfe an die Angestellten, 1 200 000 Mark als **Gratifikation** an Angestellte und Arbeiter zu verwenden, so daß nach Abzug und nach Absetzung der Tantiemen für den Aufsichtsrat als Vortrag auf neue Anrechnung 1 262 845 Mark verbleiben. Vom Aufsichtsrat der **Siemens-Schuckertwerke** wurde die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. 7. 1918 abgelaufene Geschäftsjahr genehmigt. Der Geschäftsgewinn stellt sich einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre auf 28 940 718 Mark (im Vorjahre 26 507 919) nach Abzug der Handlungsunkosten, der Anleihezinsen und der Zinsen auf das unkündbare Darlehen, verbleibt ein Reingewinn von 15 827 800 Mark (im Vorjahre 15 878 705 Mark) aus dem 9 000 000 Mark wie im Vorjahre als 10 prozentiger Gewinnanteil an die beiden Gesellschaften Siemens und Halske A.-G. und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Co., ausgeschüttet werden. 25 000 Mark, wie im Vorjahre, werden der Rücklage und 500 000 Mark, wie im Vorjahre, dem Dispositionsfonds zugeführt, während die Gratifikationen an Angestellte und Arbeiter 3 000 000 Mark (im Vorjahre 2 000 000 Mark) erfordern. Der Betrieb lohnt sich vor allem bei den Aktionären. Die rechtlos ihre Dividende einsacken.

Vollzugsrat für Groß-Berlin. Am zweiten Feiertag, vormittags 10 Uhr, findet im Ministersaale des Abgeordnetenhauses eine Sitzung des alten Vollzugsrates für Groß-Berlin zusammen mit den vom Soldatenrat gewählten Mitgliedern der Neunerkommission statt. Die Soldatenmitglieder des alten Vollzugsrats sowie die Mitglieder der Neunerkommission finden sich bereits um 9 Uhr ein.

Eine Reichsstelle, die Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragt. Der „Kriegsausschuß für Oele und Fette" scheint für sich selber noch nicht einen Tropfen demokratischen Oeles übrig zu haben, sonst wäre er nicht gestern vor der 8. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts für die geheime Justiz eingetreten. Der die Klage erhebende Bureauangestellte L. hatte die Reichsstelle verschiedener Unlauterkeiten beschuldigt, die in der Verhandlung zur Sprache kommen mußten. Als nun der Vertreter die Anwesenheit eines Berichterstatters gewahrte, beantragte er dessen Ausschluß, es ginge doch nicht, daß diese Sachen in der Oeffentlichkeit verhandelt würden. Der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Neumann belehrte aber den Vertreter, daß dazu sich gar keine gesetzliche Handhabe böte. Es sei sogar gut, daß die Verhandlungen öffentlich wären, denn die Mängel des Betriebes sollen auch der Kontrolle unterliegen. — In der Sache selbst kam ein Vergleich zustande.

Die Futtermittelverteilungsstelle für die Stadt Berlin verlegt am 30. und 31. Dezember 1918 ihre im Stadthause und im Hause Stralauer Straße 44/45 befindlichen Bureaus der Hafer-, Häcksel- und Futtermittelverteilung nach dem Molkenmarkt 9/10. Die bisherigen Geschäftsräume bleiben daher an den genannten beiden Tagen bis auf dringlichste Fälle für den Geschäftsverkehr geschlossen.

Der Sicherheitsbeamte Polizeibeamter. Ueber die Frage, ob die Mannschaften des Sicherheitsdienstes als Militärpersonen oder als Sicherheitsbeamte, die bloß militärische Uniformen tragen, anzusehen sind, kam es gestern vor der Strafkammer zu längeren Erörterungen. Angeklagt war der Fuhrherr Emil **Jaschewski**. Die Familie des Angeklagten, der selbst in Berlin geboren ist, lebt seit über 50 Jahren in Berlin. Er ist aber trotzdem Russe, da sein Vater es unterlassen hatte, sich naturalisieren zu lassen. Er wurde deshalb als „Russe", obwohl er den unverfälschten Urberliner Dialekt spricht, in Schutzhaft genommen und mit Russen zusammengesperrt, deren Sprache er überhaupt nicht versteht. Am Revolutionssonnabend wurde er aus der Haft befreit und trat gewissermaßen als Dank für die Befreiung in den Sicherheitsdienst ein. Während dieser Zeit ging in seinem Geschäft alles drunter und drüber und eines Tages erschien die Kriminalpolizei und beschlagnahmte bei ihm Konfektionswaren im Werte von 60 000 M., die bei einer Firma Pilz gestohlen worden waren. Seine Behauptung, daß ein Soldat die Waren bei ihm nur untergestellt habe, fand vor dem Schöffengericht keinen Glauben, er wurde wegen Hehlerei zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. — Vor der Berufungsstrafkammer regte Rechtsanwalt Dr. Carl Loewenthal die Frage an, ob J. als Mitglied des militärischen Sicherheitsdienstes nicht unter die sog. Militäramnestie falle, wenn man ihn nicht auf Grund des angetretenen Wahrheitsbeweises aus tatsächlichen Gründen freisprechen wolle. Das Gericht vertrat den Standpunkt, daß die Angehörigen des Sicherheitsdienstes, obwohl sie militärische Uniform tragen, **nicht** als Militärpersonen, sondern als Polizeibeamte anzusehen seien. Der Angeklagte wurde jedoch auf Grund des von der Verteidigung angetretenen Entlastungsbeweises **freigesprochen**.

Neue Omnibuslinie. Nachdem die Omnibus-Gesellschaft in den letzten Wochen ihren Bestand an leistungsfähigen Pferden um mehrere hundert Stück hat erhöhen können, wird sie am Mittwoch, dem 1. Januar 1919, die seit August dieses Jahres ruhende Linie 5 „Bülowstraße—Stettiner Bahnhof" wieder in Betrieb nehmen. Die Wagen verkehren zunächst in Abständen von 5—6 Minuten, sollen aber nach weiteren Pferdeankäufen bald vermehrt werden. Damit wird die altbewährte Omnibusverbindung zwischen den drei wichtigsten Fernbahnhöfen (Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Stettiner Bahnhof) wiederhergestellt.

Der verweigerte Urlaub. Die 800—900 Beschäftigten der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin beabsichtigten für die Bestattung der Opfer des 6. Dezember 1918 eine Deputation von 40—50 Kollegen zu stellen. Angestellte, die mit der Abfertigung der Kranken zu tun hatten, sollten hierbei ausgeschlossen sein. Der Geschäftsführer, Herr Julius Cohn, glaubte den Urlaub nicht erteilen zu können und hat sich dieserhalb an den Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrat Simon gewandt. Herr Simon hat die Erteilung von Urlaub abgelehnt. Bei erneuter Verhandlung am Vormittag des 21. Dezembers, wurde die Urlaubserteilung für 10 Kollegen (ausschließlich 8 Sängern) zugesagt. Da für eine größere Anzahl Angestellte Urlaub nicht zu erhalten war, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Einbrecherbanden treiben jetzt in Groß-Berlin ärger denn je zuvor ihr Unwesen. Jede Nacht dringen sie an mehreren Stellen in Geschäfte und Wohnungen ein und entkommen in den meisten Fällen mit ihrer reichen Beute leider unerkannt. In der gestrigen Nacht stahlen sie in dem Konsumgeschäft in der Zorndorfer Straße 61 Margarine, Mehl, Zucker, Grieß, Nudeln usw. im Gesamtgewicht von mehreren [illegible] und 24 Flaschen Wein. — Von der 182. Brotkommission entwendeten sie neben Brot-, Fett-, Fleisch- und Milchkarten noch Decken und Kleidungsstücke. In der Landsberger Straße 59 fielen ihnen in dem Geschäft von Rosig für 80 000 Mark Kostüme und Stoffe, in der Landsberger Straße 89 in dem Geschäft von Preuß, also nicht weit davon entfernt, für 20 000 Mark Hüte und Mützen in die Hände.

Eingebrochen wurde in der letzten Nacht bei Simon Westermann in der Mohrenstraße. Es wurde ein Posten pelzgefütterter Mäntel und Seidenmäntel gestohlen. Die Täter sind entkommen.

Theater-Vorstellung für Arbeitslose. Die Bildungsabteilung der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlins veranstaltet am zweiten Feiertag, nachmittags 3 Uhr, im Zentral-Theater, Kommandantenstraße 57, eine Vorstellung. Zur Aufführung gelangt „**Die Erziehung zur Ehe**", Komödie in drei Akten von Otto Erich Hartleben. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfg. sind im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, 2. Hof, Bureau der Herberge, und, soweit noch Karten vorhanden sind, von 2 Uhr an im Theater zu haben.

Der Männerchor Norden (Chormeister P. Kurz) veranstaltet am 2. Feiertag in den Räumen der Brauerei Bötzow, Prenzlauer Allee 247, ein Weihnachtskonzert unter Mitwirkung des Berliner Symphonie-Orchesters (Dir. Maxim. Fischer). Anfang 5 Uhr. Nach dem Konzert: Tanz.

Lebensmittelkalender.

Bis Sonnabend, den 28. Dezember 1918, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 62. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Filialen, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf eine Dose **Wurstbrotaufstrich** verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Aushängeschild: „Verkauf von Wurstbrotaufstrich der Fettstelle Groß-Berlin" gekennzeichnet sind. — Bis Freitag, den 27. Dezember 1918 wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 24., 25., 27., 29., 30. bis 48., 53. bis 58., 60., 76., 171., 174., 179., 197., 223., 225. und 228. Brotkommission und bis Dienstag, den 31. Dezember 1918, in der 48. und 68. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Filialen, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm **Käse** verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Aushängeschild: „Verkauf von Käse der Fettstelle Groß-Berlin" gekennzeichnet sind.

Pankow. Die Lebensmittelabteilung gibt bekannt: Vom Freitag, den 27. Dezember, ab gelangen in den nachstehend benannten Geschäften gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 7 von der Pankower Lebensmittelkarte **Salzheringe** zum Verkauf: Blumenthal, Wollankstr. 25, Burmeister, Kaiser-Friedrich-Str. 2, Forner, Hertzburgerstr. 8, Konsum, Wollankstr. 102, Korn, Florastr. 41, Krause, Parkstr. 23, Löchel, Pr. Promenade 189, Malwitz, Berliner Str. 97, Nurawski, Dameroustr. 60, Opalke, Berliner Str. 47, Praußnitzer, Berliner Str. 4, Rauch, Spiekermannstr. 31, Rieger, Nachf., Kreuzstraße 5, Stechow, Breite Str. 24, Vater, Schloßstr. 19, Voigt, Damerowstr. 54, Wagnitz, Florastr. 27, Witte, Binzstr. 48, Ziske, Maximilianstr. 18. Auf den Bezugs- und Quittungsabschnitt 7 der Pankower Lebensmittelkarte entfallen 150 Gramm. Der Preis beträgt für 150 Gramm 0,35 M. Die Abfertigung geschieht in alphabetischer Reihenfolge, und zwar erfolgt der Verkauf an Personen, deren Familienname mit den Buchstaben A—H beginnen, am Freitag, den 27. Dezember 1918, I—P beginnen, am Sonnabend, den 28. Dezember 1918, R—Z beginnen, am Montag, den 30. Dezember 1918. Um Andrang und Ansammlungen zu vermeiden, werden Verkäufer und Käufer besonders darauf hingewiesen, daß diese Reihenfolge genau innegehalten wird.

Aus den Organisationen.

III. Kreis, 9. Abteilung: Donnerstag, den 26. Dezember, früh 9 Uhr Flugblattverteilung vom Zahllokal aus, Melchiorstraße 15. Fenfarm. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

In Buch-Röntgenthal-Zepernick fand am 20. Dezember 1918 eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Mahler über das Thema „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" referierte. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. An der Versammlung nahmen auch Rechtssozialisten teil, welche sich eifrig an der Diskussion beteiligten. Sie gaben ihre Unzufriedenheit gegenüber ihren Führern Scheidemann u. a. kund, wünschten aber, daß die Massen sich nicht zersplittern, sondern geschlossen in den Wahlkampf eintreten. Es wurden für die U. S. P. zwölf Neuaufnahmen gemacht.

Gewerkschaftliches.

Krankenkassen und Aerzte.

Aus dem Reichsarbeitsamt wird mitgeteilt: Mit Ende dieses Jahres läuft eine große Zahl der von den Krankenkassen mit ihren Aerzten geschlossenen Verträge ab. Da, wo bisher keine Einigung über die neuen Vertragsbedingungen erzielt werden konnte und um den Eintritt eines vertragslosen Zustandes zu vermeiden, empfiehlt sich eine Vereinbarung der Kassen mit ihren Aerzten, wonach die letzteren die Behandlung der Kassenmitglieder vorläufig auf die Dauer eines Jahres unter den alten Bedingungen, aber mit dem Vorbehalt fortsetzen, daß durch Schiedsspruch die Vergütungen um 10 bis 33⅓ vom Hundert heraufgesetzt werden. Eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten erleichtert den Kassen, die sich trotz eines Anerbietens dieser Art mit ihren Aerzten nicht einigen können, die Erlangung des in § 370 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Rechts, den Kassenpatienten statt der ärztlichen Behandlung zeitweise eine Barvergütung zu gewähren, womit diese sich dann die Arzthilfe unmittelbar verschaffen können.

Die arbeitslosen Buchdrucker halten am Sonnabend, den 28. Dezember, vormittags 11 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18 (weißer Saal) eine Versammlung ab, in der über Arbeitslosenfragen gesprochen werden soll.

Von der Angestellten-Bewegung. Bei einer Versammlung der Obmänner Berliner Ausschüsse, die vor einigen Tagen im „Rosenthaler Hof" stattfand, wurden allgemeine Richtlinien zur Diskussion gestellt. Es wird für die Ausschüsse positive Anteilnahme an der Leitung der Betriebe verlangt. Wenn die Angestellten-Ausschüsse diesem Ruf folgen, so leihen sie dem sozialistischen Staate Unterstützung und schaffen aus der Mitte der wirklich Werktätigen die Köpfe, die der kommende Staat zur Ueberwachung und Leitung seiner Betriebe gebraucht. Kein Obmann eines Angestellten-Ausschusses darf bei der am nächsten Sonntag, den 29. Dezember, vormittags 9½ Uhr in der „Neuen Philharmonie", Köpenicker Straße 96/97 stattfindenden Versammlung der Obmänner der Angestellten-Ausschüsse fehlen.

Versicherungsangestellte! Am 28. Dezember, nachmittags 6½ Uhr, findet im Restaurant „Wilhelmshof", Wilhelmstraße 109/110, Anhaltstraße, eine **Sitzung** sämtlicher **Obleute** der Angestellten-Ausschüsse aller Versicherungsbetriebe statt. — Mitgliedsbuch oder Wahlbestätigung dient als Legitimation. Sektion der Versicherungsangestellten im Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Weihnachtsbeilage der „Freiheit"

Neue Weihnacht!

Wir weben nicht mehr graues Tuch,
Wir schmieden nicht mehr Mord und Fluch.
Wir töten keine Brüder mehr
In Wahnsinnsnacht, die bitterschwer
Vier Jahre uns gequält.
Wir weben uns ein rotes Band,
Das arbeitsfroh die Welt umspannt.
Wir bauen am Tempel der Zeit,
Mit Schwert und Kelle bereit,
Zu stolzer Zukunft erwählt.
Und Weihenacht ist jede Nacht,
Die um die junge Freiheit wacht.
Und Weihetag ist jeder Tag,
Wo unsrer Herzen heißer Schlag
Die neue Welt beseelt.

Bruno Schönlank.

Leimbiegler.

Von Albert Ehrenstein.

Niemand hätte geahnt, daß in dem dicken und — eine Kugel kam geflogen — durch einen kegelkugelgenerworbenen Klumpfuß sonderbar verkürzten Herrn Charles Leimbiegler eine solche Kraft des Hasses stecke. Er war in biedergütigen Friedenszeiten nie ein schadenfroher „Bosnickel" gewesen. Aber der Krieg rief ihn unter die Waffen, das heißt: nicht seinen schnöden Leib, der dauernd waffenunfähig prangte, sondern die edelsten Gefühle, die sofort seinen welschen Vornamen „Charles" in ein markiges, patriotisches „Karl" umtauften.

Wie sehr er auch in kleinen Friedenstagen als ein bauchbeschaulicher Rentner nichtstuerisch gleich den Pringen, Erbtaubelzen der Jahrtausende den Tod für das Vaterland gelebt hatte, der Kriegszustand schüttelte seine gestockten Lebenssäfte und beutelten Herrn Leimbiegler zu einer vaterländischen Tätigkeit auf. Nicht nur, daß er sämtliche Kriegserklärungen im „Original" des Amtsblattes sammelte und einfach alle Extraausgaben aller Blätter besaß und als ein gewissenhafter Addierer täglich die Summe der von den verbündeten Armeen erbeuteten Gefangenen, Geschütze, Abstürze und Maschinengewehre zog, abends bis in die langen Kampfjahren keinen selbsterrungenen Sieg von sich geben wollende Kriegsministerium mit seinen Explosivbriefen bombardierte! Auch seine fürs Heimatland schrankenlose Wohltätigkeit kannte keine Grenze, keine Konfinierung. Zwar lehnte der allzeit Getreue mit einem energischen „Das hat alles der Staat zu machen!" für sich die Mitwirkung an den öffentlichen Sammlungen ab, beteilte höchstens hier und da Verwundete mit längst seiner Bibliothek entwachsenen aufregenden Schauerromanen. Aber der Art und Weise, wie er, für seine Person in der Straßenbahn vor dem Anschlag „Zeichnet Kriegsanleihe" zu dem aufklärenden „Vor Taschendieben wird gewarnt!" retirierend, über das kriegsanleihescheue Vermögen durchhaltender Schwarzenberge und Börsentäler disponierte, ließ sich eine gewisse Großzügigkeit nicht absprechen.

Seine Allwissenheit erstreckte sich über die verschiedensten Ressorts. Und wenn ihm heute die Methode der Verwundetentransporte mörderisch veraltet und „I möcht's besser machen" schien, so startete er morgen eine neudeutsche Technik der Volksernährung (mittels Nährhefe, Gelatine und Rattenersatz). Kurz und gut: er hätte den eisernen Schaftelhuberorden allererster Klasse verdient, ja die Ernennung zum Wiener Bürger — wenn er nicht schon so was gewesen wäre.

Doch sein eigentliches, ihn schließlich überwucherndes Tätigkeitsfeld erhielt er erst, als etliche Krämer und Greisler in Menschenhaß zu machen begannen.

Von da ab unterließ er es, landesübliche Mehlspeisen, Knödel und Wuchteln, zu essen — es hätte ja bei der Füllung aller serbischer Povidl verarbeitet sein können! Aber nicht nur gegen balkanesisches Pflaumenmus, auch gegen Champagner, Asti spumante, Kognak, Borovicka und Sliwowitz richtete sich die ganze Breitseite seiner patriotischen Energien — der vermeintlich welsche oder südslawische Ursprung dieser harmlos von madjarischer Heimatkunst fabrizierten Feuerwässer hatte ihn „aufgehetzt".

Die Photographie der alten französischen Gouvernante seiner Kinderjahre zerriß er — hätte sich ihm die leibhaftige Jungfrau von Orleans entgegengeworfen und ihm die Faust zum ewigen Bunde gereicht, er hätte sie ungalant sein Hinterland zugekehrt und sie als eine seit Jahrzehnten auf allen möglichen Bühnen herumvagabundierende feindliche Ausländerin abschieben lassen.

Ganz pervers erschien ihm die ohne ein bodenständiges Reifen-, Drusel- oder Kegelspiel immer noch in einem echt englischen Fußballtraining dahintreibende Schuljugend.

Aus gewalttätigen Träumen erwachte er schweißübergossen — er war regelmäßig ein deutsches U-Boot gewesen.

Ein gutgesinntes Abzeichen auf der von bito Gefühlen gestärkten Schmerbrust zu tragen, verschmähte er — Leimbiegler war der erste, der auf seinem heimatlichen Leib Jungösterreichs Fahnenfarbe hißte, schwarz-gelbe Anzüge in Flor brachte.

Seine vaterländischen Hunde hießen seit August 1914 „Joffre" und „Nikolaus".

Die Schanzarbeiten in der dadurch geschändeten Umgebung des Brückenkopfs Wien nahm er beifällig auf, seiner Ansicht nach wäre es allerdings auch nötig gewesen, im Wiener Strandbad Gänsehäufel Minen zu legen. Hier und da ging seine austrialische Erregung in Selbstaufopferung über — zum Beispiel in jenen Tagen, da das unsinnige Gerücht auftauchte, die Kaffeemacher oder die Serben (sprich: Serm) hätten die heilige Hochquellenwasserleitung vergiftet, übertrank er sich an „Gespritzem". Ueberhaupt: die Sorge um den Gesundheitsstand der zeitweise im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder Danubiens füllte manche seiner patriotischen Ueberstunden aus. Die, wie man weiß, vereinzelten Cholerafälle ließen ihm keine „Ruhr". Er kam endlich so weit, alle Speisen als rohes Obst zu betrachten, i-Punkte in den Zeitungen hielt er für Vitrionen, verlor Speck und Fett. Nachgerade begann sein Aussehen an die magerste unter den sieben Kriegs-Kühen Pharaos zu erinnern. Und bei seinem hygienischen Verdünnungsverfahren tat es ihm nur leid, daß keines der Blätter, in denen er auf den Weltkrieg abonniert war, die mit seinem Bild geschmückte Notiz bringen wollte, der Wiener Bürger Karl Leimbiegler junior verweigere im Interesse des ausgehungerten Vaterlandes jedwede Nahrungsaufnahme.

Als er schließlich, während ein Traumkipfel auf seiner Zunge zerging, in den Armen seines einzigen Freundes Entenzinger mit dem Rufe: „Noch einen Hindenburg könnten wir brauchen!" im Fieberfeuer fiel, erwies es sich, daß auch sein testamentarisch letzter Hauch heldisch durchglüht gewesen war. Dieser vorbildliche Atemzug vermachte mit einem Federstrich Leimbieglers ganzes Hab und Gut, seine abgelaufene Leibrente dem Veteranenverein „General Mack" — unter der Bedingung, ein Schuß eines unserer wackeren 30,5-Zentimeter-Mörser möge seine (widrigenfalls in Hötzendorf beizusetzende) Asche in alle Winde schießen!

Zum religiösen Weihnachtsbild.

Von Max Deri.

Zwei Komponenten ergeben das religiöse Weihnachtsbild: erstlich das allgemein Religiöse und zweitens das durch lange Tradition mit bestimmten sachlichen Inhalten gefüllte Bild, das die Geburt und die Anbetung des Kindes Christus durch seine Eltern und durch die „Hirten", also den ursprünglichen Kern der gläubigen „Gemeinde" darstellt.

Ueber das Spezifische des allgemein Religiösen zerbrechen sich die Menschen seit Jahrhunderten die Köpfe. Nicht nur im eigentlich-materiellen Sinne, indem sie, „zu Ehren" irgend eines Gottes, dem „Andersgläubigen" ans Leben gehen; sondern auch im inneren Sinne, in übertragener Bedeutung, indem sie durch vielfaches Nachdenken und Ueberlegen herausgebekommen trachten, was dieses „Religiöse" im innersten Kerne denn eigentlich sei.

Von psychologischer Seite wäre eine Antwort, die weder den Gläubigen verletzt, noch den Irreligiösen ins Unrecht setzt, vielleicht zu geben. Man hätte sich nur klar zu machen, daß einerseits das Religiöse im eigentlichen Sinne keine Verstandestätigkeit, sondern ein reines Gefühl ist; und daß man andererseits über Gefühle am raschesten und sichersten dann zur Klarheit kommt, wenn man nach den Anlässen fragt, an denen sie hängen.

Jedes Gefühl hat einen Anlaß. Gefühle, die nicht von irgendeinem Sachlichen her verursacht sind, gibt es nicht. So hätte man also konsequenterweise nur nach dem Anlaß des religiösen Gefühls zu fragen, um mit der Antwort auf diese Frage von psychologischer Seite aus das Wesentliche erledigt zu haben.

Anlässe für Gefühle sind in erster Linie alle jene sachlichen Gegebenheiten, die innerhalb des Erfahrungskreises unserer Sinnesorgane liegen. Wenn man einen Sonnenuntergang sieht, den Donner hört, eine Blume riecht, eine Frucht schmeckt, ein Fell tastet, so hat man dabei ein spezifisches Gefühlserlebnis. So weit nun die Erfahrungen unserer Sinne reichen, so weit herrscht Klarheit über die diesen Erfahrungen anhängenden Gefühlserlebnisse. Und unsere Sinnesorgane reichen ziemlich weit: rund um die ganze Erde, auf Berge und in Täler, in Städte und zu anderen Menschen; weit in die Luft hinein; mit starken Fernrohren bis auf den Mond und zu den letzten noch sichtbaren Sternen; der Umkreis der Gefühle, die an den Erfahrungen des Lebendigen und des Unlebendigen hängen, ist ein sehr großer. Und diese Gefühle werden durch den Anlaß, von dem sie ausgehen: sei es ein schönes Menschenangesicht, ein schönes Tier, eine Eiche oder eine Palme, eine Orchidee oder ein Veilchen, bis zu dem unscheinbaren Steinchen am Meeresstrand, restlos gesichert und „definiert".

Wo hat nun da das „religiöse Gefühl" seinen Platz? Welches ist für das religiöse Gefühl der „Anlaß", an dem es hängt?

Es hat immer Menschen gegeben, und es wird wohl auch immer wieder welche geben, die sich mit dem Umkreis des durch die Sinnesorgane Erfahrbaren nicht begnügen. Sondern die behaupten, daß außerhalb dieses Erfahrungskreises, und jenseits jenes weitesten Bezirkes, den unsere Sinnesorgane beherrschen, auch noch Tatsächliches vorhanden ist. Der Wissenschaftler wird dem nicht unbedingt widersprechen. Er wird sagen, daß er das nicht „wissen" könne; daß vielleicht die Wahrscheinlichkeit dafür spreche; daß er aber, weil ihm eine exakte Ansicht über alles, was außerhalb der Erfahrung liegen solle, gänzlich unmöglich sei, er auch jede Diskussion darüber ablehne, ob Derartiges nun auch wirklich vorhanden ist, und wie etwa jene Dinge, die jenseits des Erfahrbaren liegen sollen, eigentlich aussehen.

Der „religiös" eingestellte Mensch aber wird sich gerade diesen Bezirk des Unerfahrbaren als sein liebstes Reich wählen. Er wird ihn mit allen möglichen Wesen bevölkern. Er wird Pflanzen und Tiere, Sonnen und Sterne, Engel und „Götter" im „Himmel" wohnen lassen, wird sie mit alledem ausstatten, was ihm hier auf dieser Erde schmerzvoll fehlt oder was seine kühnsten Träume ersehnen: Allmacht, ewiges Leben, Allwissenheit, Allgüte: kurz, er wird alle diese Ergebnisse als außerhalb unseres Erfahrungskreises nun auch wirklich und tatsächlich vorhanden behaupten.

So können wir endlich sagen: ein Gefühl ist dann ein „religiöses „Gefühl, wenn es an einen Anlaß geknüpft ist, von dem angenommen und fest geglaubt wird, daß er, wenn auch außerhalb jeder möglichen Erfahrung liegend, wirklich und tatsächlich vorhanden sind.

Wie soll man aber nun derartige Dinge, die „außerhalb jeder möglichen Erfahrung" liegen, denn eigentlich malen, dichten, komponieren?

Da war das wirkliche Leben niemals in Verlegenheit. Denn wer glaubt, daß dieses Leben dieser Erde und daß die Menschen dieses Lebens in ihrem Denken, Fühlen und Handeln „konsequent", also folgerichtig sind, der hat sich dieses Leben niemals vorurteilslos angesehen. Ja, es hatte sich sogar die Ansicht vertreten, daß alles menschliche Leben auf dieser Erde längst erstorben wäre, wenn alle Menschen seit jeher immer „konsequent" gehandelt hätten. So geht auch der „religiöse" Mensch in fruchtbarer Inkonsequenz einfach dazu über, in religiösen Bildern zum sehr großen Teile Dinge zu malen, die im Wesentlichen ihrer Gestaltungen durchaus den erfahrbaren Dingen dieser Welt gleichen, und von denen er nur dann im Nachhinein behauptet, daß er sie eben aus jenem Bezirke des „Unerfahrenen" stammen. So wird der Gott Christus im Weihnachtsbilde ein menschlich Wickelkind, Maria eine Menschenmutter, Joseph ein sorglicher Vater, der dem Brei kocht und Wasser zum Kinderbade heranträgt, die „Engel" werden Spielgenossen, und laufen mit Windrädern und Wasserspritzen um das Elternpaar herum; „Gott-Vater" wird ein lieber alter Mann mit langem Bart; kurz alle menschlichen Gefühle aus dem Erdenkreise des Erfahrbaren werden gleichsam in jenen „Himmel" mitgenommen, um seine sonst etwas weite Oede wohnlich für Menschenseelen auszustatten. In diesem intimen menschlich-verspielten Sinne, der so weit gehen kann, daß die Engelsknaben den kleinen Christus in der Windel schaukeln, daß sie sich untereinander helfen, daß die Maria als Menschenmutter ins „Wochenbett" gelegt wird, daß der Vater Joseph zum „Einholen" geschickt wird und mit dem Korb in der Hand und dem Brotlaib unter dem Arm wiederkehrt: in diesem unmittelbar menschlichen Empfinden hat der Norden viele, die meisten seiner Weihnachtsbilder gemalt. Der Süden aber, im besonderen das Italien der Renaissance, sucht stets die „Würde" zu wahren. Da wird Gottvater ein großer Schöpfer, der mit einem Arm die Menschen schafft, für Sonne und Mond nur beide Arme braucht: der also ein mächtiger, groß überblickter Herrscher des ganzen Universums ist. Deshalb fehlt auch dem Süden zum größten Teile jenes warm-innige Weihnachtsbild, das wir im Norden kennen.

Das liegt am „Milieu" im weitesten Sinne. Besonders aber am anderen Klima, das wir im Norden haben. Unser Klima sperrt uns den weitaus größten Teil des Jahres in unsere Stuben, während der Italiener nicht nur im Sommer vielfach auf der Straße schläft, sondern auch in den anderen Jahreszeiten weit mehr als der Nordländer im Freien, unter warmer, die Dinge in klares Licht stellender Sonne lebt. So bildet sich bei uns all das zu wärmster Schönheit aus, was man die „Intimität" des Lebens nennt. Als unser Eigenstes im Leben und damit in allen Künsten. Wir nehmen weit mehr als der Süden die Dinge nasennahe an Gesicht und Augen, nehmen sie viel näher, inniger auch an das Herz. Wo der Süden sein Eigentlichstes in der großen Monumentalität erreicht, leben wir im warm verpackten des kammermusikalischen Intimen. Und daher kommt es denn, daß wir so viele eigentlichste „Weihnachtsbilder" haben, während in Italien die „Geburt Christi" meist als große Haupt- und Staatsaktion gefeiert und gemalt wird.

Der Neuguß.

Von H. Pronier.

In Genf erscheint seit ungefähr einem Jahre halbwöchentlich die Zeitschrift „La Nation", die in populärer Weise dieselben völkerversöhnenden Grundtendenzen vertritt wie die des verdienstvollen Henri Guilbeaux' „Demain" (Morgen). Die folgende, vor der deutschen Revolution geschriebene Betrachtung, die aber gerade darum auch jetzt noch den deutschen Leser in ihrer leisen Wehmut interessieren wird, erschien in Nr. 58 der „Nation".

„Versteht irgend jemand diese furchtbare Erschütterung, die seit vier Jahren Europa erbeben läßt?

Dieser Gedanke ging mir durch den Kopf, als ich eines Tages einen russischen Soldaten auf einem kleinen Bahnhof des Freiburger Kantons, dem Ausgangspunkt für seine Heimkehr in das Vaterland, den Zug besteigen sah.

Irgendwo in dem großen Rußland geboren, zieht er in den Krieg. Er kämpft in Polen oder Galizien. Dann durchquert er ganz Sibirien. In Wladiwostok schifft er sich ein. An grünen Inselgruppen, die die Aequatorialmeere bekränzen, segelt er vorbei. Indien, Aegypten berührt er. Dann landet er, mit Huldigungen empfangen, in Marseille. Er kämpft in der Champagne, um nach Rußland heimkehren zu können und wird mit seinen Kameraden im rauhen Jura interniert. Er entfleht in die Schweiz, wird auch hier interniert, arbeitet zusammen mit Bauern und Kuhhirten auf irgendeinem großen Freiburger Anwesen und kehrt jetzt in die Heimat zurück.

Nichtsahnend. Wie wird er sein Land nach dreijähriger Abwesenheit vorfinden? Was wird er über seine wunderbare Odyssee erzählen? Welchen Eindruck wird sie ihm hinterlassen?

Er ist nicht der einzige.

Denkt an die Tschechen und österreichischen Slaven, die in Rußland zum Feinde übergingen, eine Armee bildeten, und dann, bedroht durch den deutschen Vormarsch, Sibirien durchzogen, um die asiatischen Meere zu gewinnen.

Ich denke an die ganz auf sich gestellten zehntausend Griechen Xenophons, die aus Mesopotamien sich mit den Waffen einen Weg zum Schwarzen Meere bahnten, mitten durch feindselige Völkerschaften und über hohe Gebirgsmassive, die der Winter noch unzugänglicher machte.

Ich denke an die Afrikaner, die sich in Frankreich schlagen, die Chinesen, Annamiten, die dort arbeiten, die Polynesier, die ihre Zauberinseln mit den rauhen Höhen des Balkans vertauschen.

Ich denke an die Millionen Soldaten der sogenannten zivilisierten Staaten, die seit vier Jahren fruchtbare Arbeit, regelmäßige Lebensweise und Häuslichkeit nicht mehr kennen.

Welch allgemeines Knurren nach Brot! Welche Umwandlung der Geister!

Welch unerwartete Veränderungen, welch Umsturz aller Lebensgewohnheiten und Begriffe.

Wie ist die neue Welt beschaffen, die die Wechselfälle des Krieges in so verschiedenen und bis jetzt so selbständigen Gehirnen hervorbringen?

Dazu kommt die furchtbare Vernichtung von Menschenleben und Eigentum in Europa. Tot sind Felder und Dörfer, zerstört sind Handel und Industrie. Vermögen entstehen, Existenzen gehen jäh zugrunde, während Militarismus und abergläubische Eigenmächtigkeit auf alles Beschlag legen. Neue Staaten — Polen, Litauen, Ukraine, Finnland — sind geschaffen worden, jedoch mit unbestimmten Grenzen und unentwickelten Einrichtungen. Ein stummes Leben pulsiert in ihnen, das es kaum wagt, unter dem hochmütigen Blick einer fremden übermächtigen Militärherrschaft sich zu offenbaren, die jeden Augenblick bereit ist, jegliche schwache Regung von Unabhängigkeit roh zu unterdrücken.

Alle Völker hungern, leben in Schrecken und Furcht, alle sind von einer Handvoll Mächtiger in diesen Schmelzofen geworfen worden, alle ersehnen sehnsüchtig den Frieden, alle sind unfähig, sich gegen ihre Tyrannen zu verteidigen, von denen sie bis aufs Blut ausgesaugt werden. Ihren schwachen Willen zum Widerstand erschöpfen sie in Straßenkrawallen.

Wahrlich eine neue Welt ist im Entstehen begriffen.

Wie wird sie aussehen?

Werden aus diesem stirnenden, schmerzendreichen Gebräu Menschen hervorgehen, wie ehemals, ohne Gesittung, die, für immer erschöpft, sich in Ewigkeit einer „Gesellschaft zur Verwertung menschlicher Kadaver" verschreiben?

Oder wird ein neues Volk gegossen werden? Frei und stark. Der Schmelztiegel geschüttet.

Niemand weiß es und diese Ungewißheit ist entsetzlich."

„Sanabo“-Behandlungsstelle für Harnleiden.

Aerztlicher Leiter: Sanitätsrat Dr. Wolff.

Berlin, Bülowstr. 12, part. Tel.: Lützow 9604. Sprechst. 12-2, 6-8, Sonntags 11-1.

Bewährte Neuerfindung (D. R. P.). Spülverfahren zur Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen.

Prospekte.

Straßenhändler Soldaten u. Arbeitslose

hoher Verdienst für jeden durch Verkauf der Broschüre „Die Revolution in Brüssel“. Zu erhalten Zeitschriftenvertrieb Schützenstraße 27.

30 Botenfrauen

sucht Fritz Mows, Genter Str. 28, Expedition der „Freiheit“.

Arbeiter Achtung!

Firma Karl Beermann, Versammlung Freitag den 27., 2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelufer. Versammlung Drachenburg fällt aus.

Der Arbeiterausschuß.

Drei zuverlässige

Botenfrauen

zum Austragen der „Freiheit“ für den 1. Januar 1919 gesucht. Verlag der „Freiheit“ Schiffbauerdamm 19 IV.

Weltbekannt und anerkannt ist der Vervielfältigungs-Apparat

Schapirograph.

Wieder mit echten Glyzerin-Rollen lieferbar!

Tadellos scharfe Abzüge von Handschrift, Maschinenschrift oder Zeichnung. Einfachste und praktischste Handhabung. Billigster und bester Vervielfältigungs-Apparat.

Man verlange kostenfrei Prospekt und Druckproben.

A. Schapiro, Berlin C,

Stralauer Straße 56.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.

Geschäftszeit von 9–1 Uhr und von 4–7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonnabend, den 28. Dez. 1918, nachmittags pünktlich 2½ Uhr

Vertrauensleutekonferenz der Eisen-, Metall- und Revolverdreher und -dreherinnen, sowie Rundschleifer

in den Pharussälen, Müllerstraße 142.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen der Branche zum Kollektivvertrag. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Kollegen und Kolleginnen sorgt dafür, daß jeder Betrieb oder Abteilung vertreten ist.

Sonntag, den 29. Dezember 1918, vormittags ½10 Uhr

Branchenversammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher, -dreherinnen sowie Rundschleifer

in den Central-Theater-Festsälen, Alte Jakobstr. 30 (Großer Saal).

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen der Branche zum Kollektivvertrag. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Da die Tagesordnung äußerst wichtig ist, müssen alle Kollegen und besonders auch alle Kolleginnen pünktlich erscheinen.

Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.

Geschäftszeit von 9–1 Uhr und von 4–7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Sonntag, den 29. Dezember 1918, pünktlich vormittags 9 Uhr

Branchen-Versammlung der Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen

in den Pharussälen, Müllerstraße 142.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern in bezug Festsetzung der Verdienste in unserer Branche. (Berichterstatter: Kollege Paul Tirpitz.) — 2. Stellungnahme und Beschlußfassung dazu.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zu dieser Versammlung, die die wichtigste seit dem Bestehen der Branche ist, sind alle Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser, Stanzer, Presser, Zieher und Walzwerksarbeiter, sowie alle Arbeiterinnen vorstehender Berufsgruppen eingeladen. Kein Betrieb darf unvertreten sein.

Am Freitag, den 27. Dezember 1918 (3. Feiertag), vorm. 9½ Uhr, bei Riedel, Hussitenstraße 40.

Gruppenversammlung der Werkzeugschleifer.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Kollektivvertrag.
Jeder Kollege muß erscheinen.

Sonntag, den 29. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr

Branchen-Versammlung der Einrichter und Einrichterinnen

in Bökers Festsälen, Weberstraße 17.

Tagesordnung:

1. Bericht über unser Kollektivabkommen (Diskussion). — 2. Branchenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend erforderlich.

Achtung! Kesselschmiede! Achtung!

Am Sonntag, den 29. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr

Versammlung der Kesselschmiede

in Bökers Festsälen, Weberstraße 17.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Kollektivvertrag. — 2. Diskussion.

Alle Kollegen, auch unorganisierte, müssen erscheinen.

Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85.

Geschäftszeit von 9–1 Uhr und von 4–7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Vertrauensleute der Maschinen-, Auto- und Motorenschlosser-Branche.

Am Freitag, den 27. Dezember 1918 abends 7 Uhr, findet im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11–12, eine

außerordentliche, wichtige Konferenz

statt, wozu jeder Betrieb seine **Vertretung** zu senden hat.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Kollektivabkommen.

Achtung! Achtung!

Auto-Reparatur-Werkstätten.

Sonnabend, den 28. Dezember 1918, findet im **Gewerkschaftshaus,** Engelufer, **großer Saal, nachmittags 3 Uhr,** eine Versammlung sämtlicher in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen statt.

Tagesordnung:
Stellungnahme zu unserem Kollektivabkommen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel. Amt Moritzplatz 10 623, 3874. • Bureau: Rungestr. 30.

Freitag, den 27. Dez. (3. Weihnachtsfeiertag), vorm. 10 Uhr, Verbandshaus, Rungestraße 30, bei Greifs

Oeffentliche Versammlung der Parkettbodenleger und Bohner

Tagesordnung:

1. Vortrag über Zweck und Ziel des Verbandes. — 2. Branchenangelegenheiten.

Nichtmitglieder sind hiermit freundlich zum Besuch dieser Versammlung eingeladen.

Die Branchenkommission.

Zur Beachtung: Wegen der Weihnachtsfeiertage wird die Auszahlung der **Arbeitslosenunterstützung** wie folgt geregelt:

Die Kollegen, die Mittwoch, den 25. Dezember (1. Feiertag), zur Auszahlung an der Reihe sind, geben schon Montag, den 23. Dezember, Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte im Arbeitsnachweis ab und erhalten Dienstag, den 24. Dezember, ihre Unterstützung.

Die Kollegen, die Donnerstag, den 26. Dezember (2. Feiertag), an der Reihe sind, geben schon Dienstag, den 24. Dezember, Buch und Arbeitslosenkarte im Arbeitsnachweis ab und erhalten Freitag, den 27. Dezember, die Unterstützung.

Diejenigen, die am 1. Januar 1919 (Neujahrstag) an der Reihe sind, geben Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte Montag, den 30. Dezember, ab und erhalten die Unterstützung Dienstag, den 31. Dezember.

Das Bureau ist geschlossen am 1. und 2. Feiertag, am 27. Dezember (3. Feiertag) nachmittags, am 31. Dezember nachmittags und am 1. Januar.

Schwimmverein „Vorwärts“, Berlin 1897.

Am **Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 2 Uhr,** findet im **Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5,** die

Generalversammlung

des Vereins statt.

Alle Mitglieder, besonders die aus dem Felde zurückgekehrten, werden dringend gebeten, zu erscheinen.

Von 5 Uhr ab im Saal 4 (großer Saal) **Tanz.**

Der Vorstand.

U. S. P.

Bezirk Pankow.

Allen Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unsere Genossin

Martha Resech

geb. Woyta

am 17. 12. 18 verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

Wahlverein U. S. P., 1. Kreis

Am 21. verstarb unser Genosse

Fritz Donat

im Alter von 42 Jahren. Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. auf dem Friedhofe der Bartolomäus-Gemeinde in Weissensee, Falkenberger Weg um ¼ 4 Uhr statt.

Ehre seinem Andenken!

U. S. P. Neukölln

Nachruf!

Anfang Dezember verstarb an den Folgen seiner Verwundung unser Genosse

Hermann Meerheim

Kölln. Ufer 47.

Im Oktober verstarb beim Militär unser Genosse

Bruno Gutsche

Richardstr. 100.

Am 21. d. Mts. verstarb an Lungenentzündung unsere Genossin

Marie Tiedtke

Mahlowerstr. 25, Bez. 32.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Der Vorstand.

Kleine Anzeigen

24. 12. 18.

Frieda Kreische
geb. Schulze

August Wulff

Verlobte.

Strassenhändler

für

„Die Freiheit“

ständig gesucht

Schiffbauerdamm 19.

Botenfrauen

zum Austragen der Freiheit verlangen Hackbarth, Michaelkirchplatz 2

Zeitungs-Austrägerinnen

verlangt

Preuß-Lichtenberg

Tasdorferstraße 3.

Botenfrauen

zum Austragen der „Freiheit“ werden verlangt. Frau Marie Düring, Steinmetzstraße 23.

Botenfrauen

stellt ein Expedition Winsstraße 62/63, Laden ab 5 Uhr.

10 Botenfrauen

sucht Henkel, Usedomstraße 18

Botenfrauen

zum Austragen der „Freiheit“ verlangt

Spedition Engel,

Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 38.

Reellen nachweisbaren guten Verdienst finden geschäftsgewandte

Militärentlassene

als Reisende oder Händler. Meldungen nur von 9 bis 11, sonst zwecklos. Hermann, Hettenstr. 3, Sth. I.

Inserate

für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.

Genossen!

werbt Leser für

Die Freiheit

Achtung! Arbeiterräte Achtung!

Am Freitag, den 27. Dezember, Nachm. 4 Uhr findet im Plenarsitzungssaal des Abgeordnetenhauses — Prinz-Albrecht-Straße — eine

Konferenz der Arbeiterräte,

die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, statt.

Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Der Fraktionsvorstand.
J. A. Neumann.

Sozialdemokratischer Wahlverein 5. Kreis U. S. P. D.

Freitag, den 27. Dezember, abends 7 Uhr

Außerordentliche Generalversammlung

in der Aula des Realgymnasiums Weinmeisterstr. 15, Hof III.

Tagesordnung:

I. **Stellungnahme zur Aufstellung von Kandidaten zur Nationalversammlung**
 a) für **Deutschland,**
 b) für **Preußen.**

II. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden gebeten, vollzählig zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen

Der Vorstand.

An die Angestellten-Ausschüsse Groß-Berlins und Umgebung!

Die unterzeichneten Organisationen laden hiermit die Obmänner der Angestellten-Ausschüsse zu einer am

Sonntag, den 29. Dezember 1918, vorm. 9½ Uhr
in der „Neuen Philharmonie“ (Spiegelsaal), Köpenicker Str. 96-97

stattfindenden **Zusammenkunft** ein.

Die Obmänner der verschiedenen Branchen werden gebeten, sich entsprechend den im Saal aufgestellten Tafeln zu gruppieren.

Tagesordnung:

1. Bericht der 7er Kommission und Wahl einer ständigen Vertretung.
2. Richtlinien für die Angestellten-Bewegung.
3. Verschiedenes.

Die 7er Kommission.
Bund der technisch-industriellen Beamten.
Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Groß-Berlin.
Verband der Büroangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Achtung! Achtung!

Sonnabend, den 28. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, in der **Aula des Real-Gymnasiums, Weinmeisterstrasse 15, beschliessende Versammlung,** der für die ausserordentliche Generalversammlung Gr.-Berlins gewählten Delegierten, für die sechs Berliner Kreise.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Aufstellung der Kandidaten für die Nationalversammlung
 a) für Deutschland
 b) für Preussen.

Verband der Unabhängigen Sozialdemokratischen Wahlvereine.
Der Geschäftsführende Ausschuss.

Bekanntmachung

betreffend Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in Berlin.

Nachdem der Termin für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auf **Sonntag den 19. Januar 1919,** festgesetzt worden ist, fordere ich die Wahlberechtigten der Stadt Berlin hierdurch auf, Wahlvorschläge an mich (Wahlbureau des Magistrats, Stralauer Straße 44/45 I, Berlin C 2) **bis spätestens 4. Januar 1919** zur Prüfung durch den Wahlausschuß und zur öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge einzureichen. **Verspätet eingereichte Wahlvorschläge finden keine Berücksichtigung.** Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Gleichzeitig mit den Wahlvorschlägen sind Bescheinigungen der Gemeindebehörden (Wahlbureau des Magistrats) vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Wahlvorschläge dürfen nicht mehr als 14 Namen enthalten. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder ihr Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den **Wahlvorschlag** anzuschließen. In der Stadt Berlin darf der Bewerber nur **einmal** vorgeschlagen werden.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend **spätestens am 12. Januar 1919** bei mir schriftlich erklärt werden.

Auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 bildet die Stadt Berlin einen Wahlkreis und hat 14 Abgeordnete in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen.

Verbundene Wahlvorschläge können nur **gemeinschaftlich** zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den andern Wahlvorschlägen gegenüber als **ein Wahlvorschlag.**

Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören.

In jedem Wahlvorschlage soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschusse zur Rücknahme des Wahlvorschlages sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmanns bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmanns, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Gleichzeitig bringe ich zur öffentlichen **Kenntnis,** daß ich zu Beisitzern des Wahlausschusses:

1. den Stadtverordneten **Herrn Justizrat Hahn,** Brüderstraße 30,
2. den Stadtverordneten **Herrn Imberg,** Hallesche Straße 21,
3. den Stadtverordneten **Herrn Koblenzer,** Stolpische Straße 35,
4. den Stadtverordneten Herrn **Zubeil,** Grünauer Straße 83

und zu deren Stellvertretern:

1. den Stadtverordneten Herrn Justizrat **Hallensleben,** Kaiser-Wilhelm-Straße 53,
2. den Stadtverordneten **Herrn Ritter II,** Engelufer 15,

berufen habe.

Berlin, den 23. Dezember 1918.

Der Wahlkommissar
für den Wahlkreis Berlin für die verfassunggebenden deutschen Nation[alversammlung]
Loehning, Stadtr.